



votum

Inhalt

Editorial.....	2
Impressum	2
Justiz zu Zeiten der Coronapandemie	3
Schneller Notfallbetrieb – Respekt für Präsidien und Gerichtsleitung	3
Notfallbetrieb an den einzelnen Gerichten	3
Senatorenbrief vom 25. März 2020	5
Unser Mitgliederbrief vom 17. März 2020	6
Kindernotbetreuung auch für Justizbeschäftigte	7
Wie weiter in der Krise?	8
Öffentlichkeit im Sinne des § 169 GVG trotz Kontaktsperren	9
Grundrechtsschutz in Zeiten der Corona-Krise: Wie weit darf der Staat gehen?	11
Recht und Unrecht	15
Einblick in die Asylverfahren in Frankreich – EJTN-Austausch am französischen Asylgericht	20
Rechtsreferendariat in Berlin	22
Silent March in Warschau am 11. Januar 2020.....	24
Jens Gnisa geht, wie weiter?	25
Justizthemen im Abgeordnetenhaus	25
Besoldung, Beihilfe und Dienstrecht.....	26
Weitere Schritte zur Besoldungserhöhung	26
Pauschale Beihilfe für gesetzlich Versicherte beschlossen.....	27
Willkür bei der „Hauptstadtzulage“: Verwaltungsjuristen und Lehrer ja, Richter nein ...	27
Besoldungstreiflichter – ohne Kommentar.....	28
Vom Vorstand wahrgenommene Termine	29
Veranstaltungen	29
Mitgliederversammlung vertagt.....	29
Rückschau - Neujahrsempfang	29
Einladung: Führung durch die Staatsoper Unter den Linden	30
Stammtische.....	30
Hinweis Rechtsprechungs-Info.....	31
Rezensionen	31
Das Recht auf Beweis im Zivilprozess.....	31

Editorial

Liebe Mitglieder,
werte Leserinnen und Leser!

Wir melden uns mit unserem Votum und den schnellen Reaktionen der Berliner Justizverwaltung auf die Coronapandemie in dieser außergewöhnlichen, noch nie dagewesenen Lage. Daraus folgen neue rechtliche Diskussionen, wie z.B. über die Öffentlichkeit von Verhandlungen und die Verhältnismäßigkeit der Grundrechtseingriffe der neuen Beschränkungen durch die Gesetzgebung zur Krisenbewältigung, die wir in dieser Ausgabe beleuchten.

Weiterhin bietet Ihnen unsere Ausgabe einen Einblick in die französische Asylgerichtsbarkeit, den derzeitigen Ablauf des Referendariats sowie einen Beitrag des Bürgerrechtlers Gerd Poppe zum Thema Recht und Unrecht. Wie gewohnt finden Sie auch viele weitere Neuigkeiten rund um die Berliner Justiz.

Einen maßgeblichen Anteil an der Erstellung dieses Votums haben die Kolleginnen Vanessa Scheutwinkel, Katharina Koslowski und Henrikje Budde, die zukünftig die Herausgabe unserer Mitgliederzeitung verantworten werden. Herzlichen Dank vorab.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen im Namen des Vorstands

Stefan Schifferdecker

Impressum

Herausgeber

Deutscher Richterbund
- Bund der Richter und Staatsanwälte -
Landesverband Berlin e.V.
Eißholzstraße 30-33
10781 Berlin

Tel.: 030/60084093
Fax: 030/60084094
info@drb-berlin.de
www.drb-berlin.de

Schriftleitung und Anzeigen

Dr. Stefan Schifferdecker
stefan.schifferdecker@drb-berlin.de
Eißholzstraße 30-33,
10781 Berlin

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher wird keine Haftung übernommen.

Bezugsbedingungen

Für Mitglieder ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Zuschriften

Redaktion VOTUM
Deutscher Richterbund
- Bund der Richter und Staatsanwälte -
Landesverband Berlin e.V.
Eißholzstraße 30-33
10781 Berlin

Mit „Richter“ und „Staatsanwalt“ werden im VOTUM geschlechtsunabhängig die Berufe bezeichnet.

Justiz zu Zeiten der Coronapandemie

Schneller Notfallbetrieb – Respekt für Präsidien und Gerichtsleitungen



Foto: Oliver Elzer

Die Ereignisse der letzten Wochen haben sich überschlagen. Ab Anfang März verdichteten sich die Anzeichen, dass auch das Land Berlin von der Corona-Pandemie erfasst werden wird. Am 13. März 2020 hat der Berliner Senat die Schließung von Schulen und Kindergärten beschlossen. Ab dem 17. März 2020 gab es Einschränkungen im Justizvollzug, ab dem 18. März wurden die Gerichte nach und nach im Notfallbetrieb geführt. Für die Justiz waren dies Tage einer großen Unsicherheit, großer Verwirrung und einiger Konflikte. Noch nie bestand ein derart starkes Spannungsverhältnis zwischen dem Justizgewährleistungs-

anspruch und dem Gesundheitsschutz. Hinzu kamen die vielen Ungewissheiten im persönlichen Bereich jeder und jedes Einzelnen.

Den Gerichtsleitungen und Präsidien gilt für ihr schnelles Handeln in dieser Situation uneingeschränkter Respekt. In besonderer Eile, ohne Erfahrung aus früheren Situationen und – nach unserer Kenntnis – ohne Leitlinien aus der Senatsverwaltung wurden die einzelnen Häuser in den Notfallbetrieb überführt. Der Erklärungs- und Rechtfertigungsbedarf war enorm. Es wurde in dieser Situation besonders deutlich, dass gerade Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte solche Regelungen kritisch hinterfragen und mit Anregungen sowie Verbesserungsvorschlägen nicht sparen – eine hohe Kommunikationsbelastung für die Verantwortlichen. Für ihren Einsatz ein herzliches Dankeschön. Mittlerweile werden alle Berliner Gerichte in einem Notfallbetrieb geführt. Eine (leider unvollständige) Übersicht bietet die Senatsverwaltung auf ihrer Webseite unter: <https://www.berlin.de/sen/justva/presse/informationen-zu-corona>. Die Regelungen zum Notfallbetrieb und die Organisationsdetails sind weiter Gegenstand von Diskussionen, in denen die Risiken für die Gesundheit und die Belastungen durch einen Teilstillstand der Rechtspflege abgewogen werden müssen.

Auch der Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dr. Behrendt, hat sich am 25. März 2020 an die Bürgerinnen und Bürger gewandt. Eine sehr begrüßenswerte Reaktion, deren Fehlen wir gegenüber unseren Mitgliedern mit Brief vom 17. März 2020 noch deutlich kritisiert hatten (siehe die nachfolgenden Artikel).

Dr. Stefan Schifferdecker

Notfallbetrieb an den einzelnen Gerichten

Um die Mitglieder über die Maßnahmen der Gerichte und der Staatsanwaltschaft zu informieren, hat der Vorstand die Berliner Gerichte und die Staatsanwaltschaften angeschrieben und um Berichte zu einem etwaigen Notfallbetrieb gebeten. Für die vielen und zeitnahen Antworten auf diese Anfrage in dieser schwierigen Krisenzeit bedanken wir uns.

Die Gerichte und die Staatsanwaltschaft haben uns teilweise Internetadressen mitgeteilt. An den entsprechenden Stellen kann man zahlreiche Informationen gewinnen. Wir führen diese Internetadressen hier auf, referieren aber nicht, was dort im Einzelnen steht. Denn es ist anzunehmen, dass die Lage ständig den Erfordernissen angepasst werden muss und wird. Ferner haben uns die Gerichte teilweise Unterlagen zur Verfügung gestellt. Auch über diese kann an dieser Stelle

nicht inhaltlich berichtet werden. Bei Interesse können sie per E-Mail an unsere Geschäftsstelle (susanne.sitek@drb-berlin.de) angefordert werden, soweit sie uns nicht ausdrücklich nur zur internen Verwendung überlassen wurden. Bei unserem sicherlich nicht repräsentativen Überblick gehen wir davon aus, dass die Gerichte, die umfassender geantwortet haben, letztlich exemplarisch für alle stehen.

Margarete Koppers, die Berliner Generalstaatsanwältin, teilte uns persönlich mit, der Dienstbetrieb der **Strafverfolgungsbehörden** Berlins sei entsprechend den Empfehlungen des Senats zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie auf das zwingend erforderliche Maß reduziert worden. Zwischen dem 17. März 2020 und voraussichtlich dem 19. April 2020 seien sie nur sehr eingeschränkt erreichbar. Für aktuelle Informationen wurde auf folgende Seiten hingewiesen:
<https://www.berlin.de/strafverfolgungsbehoerden/>
<https://www.berlin.de/generalstaatsanwaltschaft/>
<https://www.berlin.de/staatsanwaltschaft/>
<https://www.berlin.de/amtsanwaltschaft/>
<https://www.berlin.de/generalstaatsanwaltschaft/presse/>

Frau Koppers wies ferner darauf hin, dass trotz der deutlich heruntergefahrenen personellen Besetzung nicht nur die Rufbereitschaften erhalten bleiben würden, sondern die Bearbeitung von u.a. Haftsachen, schweren Gewaltdelikten und Staatschutzdelikten uneingeschränkt gewährleistet sei.

Auch Dr. Bernd Pickel, der Präsident des Kammergerichts, schrieb uns persönlich. Er verwies im Hinblick auf die Einrichtung eines Notdienstes am **Kammergericht** und der Organisation des Dienstbetriebes in genereller Hinsicht auf seine Pressemitteilung Nr. 16/2020 (<https://www.berlin.de/gerichte/presse/pressemitteilungen-der-ordentlichen-gerichtsbarkeit/2020/pressemitteilung.908024.php>) und einen Präsidiumsbeschluss des Kammergerichts vom 16. März 2020, in dem auch die grundsätzlichen Vorstellungen des Präsidiums für einen Notbetrieb beim Kammergericht mitgeteilt seien (dieser liegt uns vor). Ferner bot er uns an, telefonisch ergänzende Erläuterungen zu geben.

Der Präsident des **Landgerichts** hat uns seine Pandemierundschreiben Nr. 1 bis Nr. 5 übermittelt, die an sämtliche Mitarbeitenden in seinem Haus versandt worden waren.

Von den **Amtsgerichten** dankte uns das AG Pankow-Weißensee für unser Interesse an den Bemühungen der Notfallplanung der Berliner Gerichte und wies auf die für die Öffentlichkeit bestimmten Informationen unter <https://www.berlin.de/gerichte/amtsgericht-pankow-weissensee> hin.



Foto: M. Frenzel

Das AG Tiergarten sandte uns seine Mitarbeiterinformationen, einen Präsidiumsbeschluss zur 4. Geschäftsplanänderung nebst Erläuterungen sowie eine Presseerklärung vom 18. März 2020 und erklärte, für Nachfragen gern zur Verfügung zu stehen. Das AG Mitte hat uns zu unserer Kenntnis und nicht zur Weitergabe tägliche Rundschreiben an die dortigen Richter übersandt. Das AG Wedding wies auf seine Seite www.berlin.de/gerichte/amtsgericht-wedding hin (wir gehen davon aus, dass sich aktuelle Informationen über die anderen Amtsgerichte auf den entsprechenden Internetseiten finden lassen). Hervorzuheben ist die sehr umfassende Antwort des AG Charlottenburg. Dieses Gericht hat uns sämtliche seiner bislang getroffenen Anordnungen und Informationen an die Bediensteten übersandt. Ferner hat es darauf hingewiesen, dass es mit Ausbruch der Pandemie einen Krisenstab eingerichtet habe. Dieser tagt täglich und sei zunächst täglich, mittlerweile einmal wöchentlich, um Vertretungen der Gremien erweitert worden, um unverzüglich auch mitwirkungspflichtige Maßnahmen umsetzen zu können. Um die Bediensteten regelmäßig informieren zu können, sei jetzt ferner ein Newsletter „Corona Kurier“ geschaffen worden, den die Bediensteten mittlerweile auch an ihre privaten Mailadressen erhielten.

Das **Sozialgericht** teilte uns mit, dass seit dem 18. März 2020 in Rechtssachen ein Notfallgeschäftsverteilungsplan gelte, vorerst bis 19. April 2020. Danach sei für die Richterinnen und Richter ein Bereitschaftsdienst mit Präsenzpflicht angeordnet worden. Die anderen seien aufgerufen, im heimischen Büro via VPN-Tunnel zu arbeiten. Von den Geschäftsstellenmitarbeitern sei aus Gesundheitsgründen nur eine Notfallbesetzung im Gericht anwesend. Während des laufenden Notbetriebes seien die gerichtlichen Kapazitäten auf die Gewährleistung von Eilrechtsschutz beschränkt. In den Hauptsachen könnten von den im Notdienst eingesetzten Serviceeinheiten derzeit nur unaufschiebbare Maßnahmen ausgeführt werden. Die Beteiligten seien aufgerufen worden, in Hauptsachen von unnötigem Schriftwechsel wie Anträgen auf Verlängerung von bloßen Stellungnahmefristen oder Sachstandsanfragen abzusehen. Gerichtsfremde Personen (außer Postdienstleister)

dürften das Haus zu den werktäglichen Not-Öffnungszeiten von 9:00 bis 12:00 Uhr betreten, um die Rechtsantragstelle in dringlichen, unaufschiebbaren Angelegenheiten zu besuchen und um Akteneinsicht in dringlichen Fällen zu nehmen. Wir wissen, dass in vielen Gerichten ähnlich wie hier beschrieben verfahren wird.

Die **Arbeitsgerichtsbarkeit** wies auf folgende Internetseiten hin: <https://www.berlin.de/gerichte/arbeitsgericht>; <https://www.berlin.de/gerichte/landesarbeitsgericht/>; <https://www.berlin.de/corona>

Um dieses **Informationsangebot** zu erweitern und zu verstetigen, hat der Vorstand mittlerweile den Senator ersucht, auf seinen Seiten im Internet eine Informationsplattform einrichten lassen, die jedermann täglich, beispielsweise um 12.00 Uhr, über den jeweils gegenwärtigen Stand unterrichtet. Wir haben dazu angeregt, die bereits bestehende, leider etwas versteckte Seite <https://www.berlin.de/sen/justva/presse/informationen-zu-corona/> umfassend zu erweitern und am besten an einer anderen Stelle zu präsentieren.

Der Senator hat sich im Übrigen mit Schreiben vom 18. März 2020 an die Gerichte gewandt und in diesem Schreiben den Standpunkt vertreten, bei Gerichtsverhandlungen sei auf Grundlage der geltenden Rechtslage (17. März 2020) eine Anwesenheitsliste zu führen. Nach § 1 Abs. 6 der SARS – CoV – 2 - Eindämmungsmaßnahmenverordnung (SARS-CoV-2-EindmaßnV) vom 22. März 2020 dürfte diese sehr gut vertretbare Ansicht mittlerweile aber keine gesetzliche Forderung mehr sein, da die nach § 1 Abs. 2 der Verordnung vom Zusammenkunftsverbot ausgenommenen Gerichte nicht mehr unter die Pflicht zur Führung einer Anwesenheitsliste fallen.

Eine Anwesenheitsliste (Vor- und Familienname, vollständige Anschrift und Telefonnummer) stünde dem Grundsatz der Öffentlichkeit ggf. entgegen. Zur Nachverfolgung etwaiger Infektionsketten könnte eine solche in Rücksprache mit den Beteiligten und deren Einverständnis aber geführt werden.

Dr. Oliver Elzer

Senatorenbrief vom 25. März 2020

Der Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dr. Behrendt, hat einen Brief veröffentlicht, in dem er über Maßnahmen informiert, welche die Senatsverwaltung ergriffen hat. Im Brief wird kein Datum angegeben, das Erstelldatum der Datei lautet „25.03.2020“. Wir begrüßen diese Information sehr, da wir in Krisenzeiten aktuelle Informationen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Anwaltschaft für besonders wichtig halten, um die Verlässlichkeit der Justiz zu belegen. Der Brief spricht weitere Bereiche an, wir veröffentlichen ihn ungekürzt:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Berlinerinnen und Berliner,

als Ende vergangenen Jahres erstmals von dem neuartigen Corona-Virus gesprochen wurde, war nicht absehbar, welche Einschnitte dies für uns alle mit sich bringen würde. Kaum jemand hierzulande konnte sich vorstellen, dass das öffentliche Leben einmal derart eingeschränkt würde. Die Entwicklungen der vergangenen Wochen und Tage stellen uns alle vor besondere Herausforderungen. Und sie betreffen nahezu alle Lebensbereiche.

Ich möchte Sie auf diesem Weg über die Maßnahmen informieren, die wir als Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ergriffen haben, damit der Rechtsstaat auch in diesen schwierigen Zeiten weiter funktioniert.

Justizvollzug und Soziale Dienste der Justiz

Ich bin froh, Ihnen mitteilen zu können, dass es im Justizvollzug und den Sozialen Diensten der Justiz bis heute keinen bestätigten Corona-Fall gibt. Mit der Generalstaatsanwältin habe ich bereits folgende Maßnahmen vereinbart, um uns auf

einen solchen Fall vorzubereiten und personelle und medizinische Ressourcen vorzuhalten: Bis zum 15. Juli 2020 wird daher die Vollstreckung von rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafen von weniger als drei Jahren aufgeschoben und die Vollstreckung sämtlicher Ersatzfreiheitsstrafen unterbrochen; auch der Vollzug des Jugendarrests wurde ausgesetzt.

Um das Aufeinandertreffen von Menschen massiv zu reduzieren, haben wir Besuche in den Justizvollzugsanstalten für die kommenden zwei Wochen auf absolute Ausnahmefälle beschränkt. Besuche von Rechtsanwält*innen und Geistlichen sind weiterhin möglich und wir bemühen uns, zusätzliche Angebote über Videotelefonie zur Verfügung zu stellen. Die Ausgestaltung von Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Freizeit- und Sportangeboten erfolgt so, dass Infektionsrisiken minimiert werden. Geeignete Gefangene werden soweit vertretbar in den offenen Vollzug verlegt. Aus dem geschlossenen Vollzug wird die Gewährung von Vollzugslockerungen dagegen auf unaufschiebbare Fälle beschränkt. Die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste, die sich insbesondere um die Bewährungshilfe und die Führungsaufsicht kümmern, haben ihre Tätigkeit auf das zwingend Erforderliche reduziert.

Gerichte und Strafverfolgungsbehörden

Auch die Berliner Gerichte und Strafverfolgungsbehörden haben ihre Arbeit auf einen Notbetrieb heruntergefahren. Trotzdem und gerade in der Krise muss der Rechtsstaat handlungsfähig bleiben.

Damit die Menschen ihre Rechte auch weiterhin wahrnehmen können, wurden in der vom Senat beschlossenen Verordnung zur Eindämmung des Coronavirus mit Blick auf die Justiz und die Rechtspflege wichtige Ausnahmen getroffen. So ist die Wahrnehmung dringend erforderlicher Termine beispielsweise bei Behörden, Gerichten, Rechtsantragsstellen, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und Notarinnen und Notaren ausdrücklich weiterhin möglich.

Ich befinde mich im engen Austausch mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Berliner Obergerichte und der Generalstaatsanwältin. Mir war und ist dabei wichtig, auch in Krisenzeiten die richterliche Unabhängigkeit zu wahren. Gemeinsam setzen wir alles daran, dass kein Berliner Gericht geschlossen werden muss, weil alle wichtigen Aufgaben haben. Dies gilt neben der Bearbeitung, beispielsweise von Haftsachen und schweren Gewaltdelikten auch für drohende Räumungen oder Stromsperrern, die Inobhutnahme von Kindern, Fälle häuslicher Gewalt oder die Fixierung von Patientinnen und Patienten. Nicht zuletzt muss auch die richterliche Kontrolle der jetzt ergriffenen Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz jederzeit möglich sein.

Ich bin dem Präsidenten des Kammergerichts dankbar, dass er auf meine Anregung hin den

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern empfohlen hat, von Wohnungsräumungen bis auf weiteres abzusehen. Entsprechende Empfehlungen bzw. Anordnungen haben die Präsident*innen der Amtsgerichte vorgegeben.

Beim BMJV habe ich mich insbesondere dafür eingesetzt, dass die Fristen für Kündigungen von Mietverhältnissen aufgrund von Zahlungsrückständen ausgeweitet werden.

In Abstimmung mit der für Wissenschaft und Forschung zuständigen Senatskanzlei hat das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt Berlin-Brandenburg zunächst die schriftlichen und dann auch die mündlichen Prüfungen des juristischen Staatsexamens auf zunächst unbestimmte Zeit verschoben.

Da wir vor allem im Bereich der Demokratieförderung und der Antidiskriminierung mit vielen Zuwendungsempfänger*innen zusammenarbeiten, war es mir ein Anliegen, dass der Senat beschlossen hat, dass diese ihre Angebote in angepasster Form (z.B. Beratung per Telefon) durchführen können und weiterhin finanziert werden.

Zum Schluss noch eine gute Nachricht: Das Landeslabor Berlin-Brandenburg, für das wir als Verbraucherschutzverwaltung von Berliner Seite zuständig sind, wird in Zusammenarbeit mit privaten Berliner Laboren die Test-Kapazitäten für SARS-CoV-2 deutlich verstärken.

Blieben Sie gesund und zu Hause!

Herzliche Grüße
Ihr Dirk Behrendt

Unser Mitgliederbrief vom 17. März 2020

*Zu einem Zeitpunkt, als noch kein Gericht in den Notfallbetrieb überführt, die Schließung der Schulen und Kindergärten aber schon beschlossen war, und uns viele besorgte Nachfragen zum Umgang mit der Krisensituation erreichten, haben wir den nachfolgenden Mitgliederbrief versandt. Die darin enthaltene **Kritik ist nun teilweise überholt**. Ungewöhnlich viele Rückmeldungen haben uns verdeutlicht, dass wir in der damaligen Situation „den Nerv getroffen“ haben.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die rasante Verbreitung des Coronavirus stellt uns persönlich und auch die Justiz vor enorme Herausforderungen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind deshalb verständlicherweise verunsichert. Wir Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie alle weiteren Dienste müssen diese nun verantwortungsvoll und mit Augenmaß meistern.

Der Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dr. Behrendt, schweigt zum Umgang mit der Krise. Das offenbart erneut sein Desinteresse an der Justiz und den fehlenden Willen, zumindest in Krisenzeiten zu führen.

Die Senatsverwaltung und die Gerichtsverwaltungen reagieren sehr zögerlich und kommunizieren aktuelle Entscheidungen kaum. Während sich Unternehmen, Kanzleien und andere Verwaltungen spätestens seit letzter Woche auf den Ernstfall vorbereiten, war es nur noch zynisch zu nennen, dass an einigen Standorten Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zunächst lediglich Hinweise zu Hygienemaßnahmen und ein Schreiben der Senatsverwaltung für Finanzen zur Kenntnis erhielten, dass ihnen drei Tage Sonderurlaub zustehen. Tatsächlich bedarf es klarer und transparenter, nach außen kommunizierter Regelungen für alle Dienste, aber auch für die Bürger und die rechtsberatenden Berufe.

Die einzelnen Gerichte regeln derzeit völlig unterschiedlich, wie der Dienstbetrieb fortgeführt werden soll. Während einige Gerichte planvoll den Gerichtsbetrieb auf die Bearbeitung der Eilsachen reduzieren, entsteht bei anderen der Eindruck, sie wollten keine Anpassung an die aktuelle Situation. Es rächt sich im Übrigen abermals, dass - mit Ausnahme der Sozialgerichtsbarkeit - eine häusliche Arbeit nur in begrenztem Maße möglich ist. Dabei müssen wir ehrlich sein: Angesichts des durch die Kita- und Schulschließungen ausgelösten Betreuungsnotstands sowie drohender Infektionen und Quarantänemaßnahmen wird in allen Bereichen schon in naher Zukunft mit massiven Ausfällen zu rechnen sein.

Leider hilft es uns nicht, auf Handlungsempfehlungen zu warten. Sie werden aus Zögerlichkeit oder Unwissenheit, aus Angst vor Verletzung der richterlichen Unabhängigkeit oder der Sorge vor Panikmache nicht schnell genug ergehen.

Setzen Sie sich daher selbst dafür ein, dass soziale Kontakte so weit wie möglich vermieden werden und auch an Ihrem Gericht alles auf einen Notbetrieb reduziert wird. Haben Sie den Mut, terminierte Verhandlungen aufzuheben. Sollte dies nicht möglich sein, reduzieren Sie die Termine für acht Wochen auf das gerade noch vertretbare Maß. Haben Sie Verständnis für die Ängste und persönlichen Zwänge (z.B. bei der Kinderbetreuung) gegenüber Justizmitarbeitenden, gegenüber Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und gegenüber Beteiligten. Verlängern Sie Stellungsanmeldungen großzügig, verzichten Sie aus Rücksicht auf die Nöte der Beteiligten auf Präklusionsfristen. Den Richterinnen und Richtern obliegt die Sitzungsgewalt. Machen Sie davon Gebrauch, denn für das Verhalten im Sitzungssaal werden wir keine Anweisungen erhalten. Ziehen Sie sich – soweit möglich – ins Heimbüro zurück. Jede/r von uns hat Akten, für die immer mal Zeit gefunden werden sollte. Gewährleisten Sie aber auf der anderen Seite die Bearbeitung und Rechtsprechung in

den eiligen Fällen. Auch das ist unsere selbstverständliche Verantwortung.

Für viele von uns ist die Möglichkeit einer Kinderbetreuung etwa für Bereitschaftsdienste notwendig. Mit Erschrecken haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Festlegungen des Senats vom 13. März 2020 zu einem Anspruch auf die Kinderbetreuung die Tätigkeiten der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (mindestens im Bereitschaftsdienst) nicht erwähnen. Das Land Brandenburg führt in einer entsprechenden Regelung gesondert den Bereich „Rechtspflege“ auf. Das hätte dem Berliner Justizsenator auffallen müssen! Notwendige Dienste innerhalb der Justiz können allerdings unter den Begriff „Schlüsselfunktionsträger in öffentlichen Behörden“ oder den Begriff „betriebsnotwendiges Personal der Grundversorgung“ subsumiert werden. Wir rufen jene Kolleginnen und Kollegen auf, welche die Notbetreuung z.B. für Bereitschaftsdienste zwingend benötigen, gegenüber den Verwaltungen auf einer Attestierung des Notbetreuungsbedarfs zu bestehen. Wir werden uns für eine Konkretisierung der Festlegungen zur Notbetreuung einsetzen.

Bitte beachten Sie bei aller Kritik an den Notmaßnahmen und den Einschränkungen der Arbeit in der Justiz, dass es in Berlin viele Menschen gibt, die deutlich härter von der Krise getroffen werden, z.B. weil ihre Existenzgrundlage unmittelbar bedroht ist. Öffentlicher Unmut wegen der Absage oder Vertagung einer Verhandlung dürfte außerhalb der Justizwelt auf wenig Verständnis stoßen. Zum Schluss: Bitte tragen Sie durch Ihr Verhalten dazu bei, dass wir die Corona-Pandemie gemeinsam zügig bekämpfen können. Bitte bleiben Sie gesund.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen

Dr. Stefan Schifferdecker
für den Vorstand des DRB Berlin

Kindernotbetreuung auch für Justizbeschäftigte

Die Berliner Schulen, Kitas und Kindertagespflegestellen sind bis zum Ende der Osterferien (17. April 2020) geschlossen. Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten und keine andere Möglichkeit der Kinderbetreuung haben, können eine Notbetreuung in Anspruch nehmen.

Der Senat von Berlin hat sich auf anspruchsberechtigte Berufsgruppen für die Kita- und Schulnotversorgung verständigt. Darunter fallen z.B. Krisenstabpersonal, betriebsnotwendiges Personal des öffentlichen Nahverkehrs sowie von Versorgungsunternehmen, betriebsnotwendiges Personal und Schlüsselfunktionsträger in öffentlichen Einrichtungen und Behörden von Bund und Län-

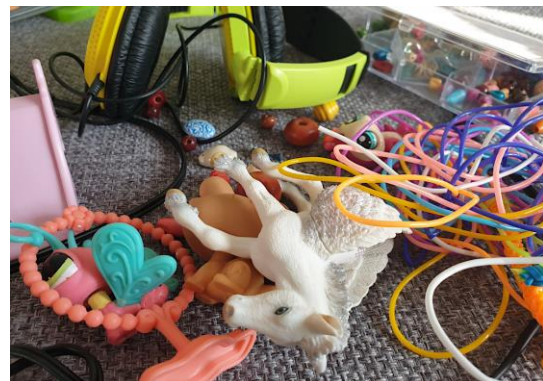


Foto: S. Schifferdecker

dern, Senatsverwaltungen und nachgeordneten Behörden sowie Personal, das die Notversorgung in Kita und Schule sichert und sonstiges betriebsnotwendiges Personal der kritischen Infrastruktur und der Grundversorgung. Anders als in Brandenburg wird – auch in der aktualisierten, am 22. März 2020 in Kraft getretenen Fassung der Verordnung – die Rechtspflege nicht ausdrücklich als systemrelevanter Bereich genannt. Als problematisch könnte sich erweisen, dass auch in der von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit Stand vom 23. März 2020 veröffentlichten „Konkretisierung der systemrelevanten Bereiche, die Anspruch auf eine Kita- oder Schulnotbetreuung haben“ keine Berufsbezeichnungen aufgeführt werden, die Bezug zur Rechtspflege haben (ausgenommen Justizvollzug). Ein misslicher Umstand, der – dabei bleiben wir – dem Justizsenator auffallen müsste.

Nach unseren Informationen vertritt jedoch die Senatsverwaltung die – unseres Erachtens zutreffende – Ansicht, dass Personen, die zur Aufrechterhaltung der Grundfunktionen der Rechtspflege unabdingbar sind, unter die Fallgruppe „Betriebsnotwendiges Personal und Schlüsselfunktionsträger in öffentlichen Einrichtungen ...“ fallen. Uns sind glücklicherweise auch noch keine Fälle bekannt, in denen Wachtmeisterinnen, Geschäftsstellenkollegen oder Richterinnen und Richter oder Staatsanwältinnen und Staatsanwälte mit Bereitschaftsdienst und/oder Präsenzpflcht, keine Kindernotbetreuung in Anspruch nehmen konnten. Vorgesehen ist zudem nur eine Selbsterklärung der Eltern gegenüber den Betreuungseinrichtungen. Im Grundsatz ist deshalb eine Beschneidung der Dienststelle nicht notwendig. Falls dies im Einzelfall von Schulen oder Kitas verlangt werden sollte, dürfte eines solche von den Gerichten selbstverständlich ausgestellt werden.

Dr. Stefan Schifferdecker

Wie weiter in der Krise?



Foto: Oliver Elzer

„Wir fahren auf Sicht“ erklärte der Präsident des Sozialgerichts, Herr Helbig, auf die Frage zu weiteren Entwicklungen. Der Satz beschreibt anschaulich, dass derzeit weder die Politik, noch die Verwaltungen, noch Virologen genau wissen, welche Entscheidungen uns in den nächsten Wochen abverlangt werden.

Wer die Berichte über die Entwicklung der Pandemie verfolgt, wird zustimmen, dass uns die Einschränkungen unserer Arbeit zum gesundheit-

lichen Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Prozessbeteiligten noch lange begleiten werden. Es dürfte davon auszugehen sein, dass die Arbeit der Justiz über viele Monate in der ein oder anderen Weise und Stärke beeinträchtigt sein wird. Nach dem ersten Schock und dem Umschalten in den Notbetrieb der Behörden und Gerichte müssen wir unsere Arbeit nun gemeinsam neu ausrichten. Dafür müssen wir planen.

Derzeit gilt es, den Notbetrieb der Behörden und Gerichte zu stabilisieren und nicht vorschnell zu lasten des Gesundheitsschutzes die auferlegten Beschränkungen über Bord zu werfen. Wir müssen dabei sorgsam ausloten, welche Maßnahmen der Rechtspflege in der aktuellen Situation zwingend aufrechterhalten werden müssen und welche Beschränkungen vorübergehend hingenommen werden können. Dies gilt zunächst für die Zeit bis zum Ende der Osterferien. Denn das ist zunächst der Zeithorizont, für welchen die aktuellen Notfallmaßnahmen gelten.

In einer nächsten Stufe ist für den Fall der Lockerungen der aktuellen Kontaktbeschränkungen ein Grundbetrieb zu planen. Wir benötigen eine – möglichst einheitliche – Priorisierung der Abläufe für die Zeit, in der zwar Beschränkungen reduziert werden, erhebliche Gesundheitsrisiken jedoch fortbestehen. Hierfür müssen Entscheidungen getroffen werden, in welcher Art und Weise wir die Justiz wieder „anfahen“ lassen sowie welche Verfahren und Arbeitsschritte zunächst weiter unbearbeitet bleiben. Legen alle Kolleginnen und Kollegen die in der Notfallzeit erarbeiteten Ergebnisse gleichzeitig den Geschäftsstellen vor, greifen alle zugleich beherzt nach der mittlerweile eingegangenen Post, blockieren wir unsere

Arbeit wieder. Richterinnen und Richter entscheiden zwar unabhängig über ihre Dienstgeschäfte. Diese sind aber davon abhängig, dass sie von dem nichtrichterlichen Personal auch ausgeführt werden können. Wir schulden uns insoweit gegenseitige Rücksichtnahme.

Sollte unserer Gesellschaft ein Abflachen der Neuinfektionskurve gelingen, können wir irgendwann vorsichtig mit einem Normalbetrieb unserer Arbeit beginnen. In dieser weiteren Stufe werden uns die Ansteckungsrisiken weiter – möglicherweise über Monate – begleiten. Für diesen Fall

benötigen wir umsetzbare Ideen und Planungen, um den Justizgewährleistungsanspruch und den Gesundheitsschutz gleichermaßen zu verwirklichen. Wir wollen uns gemeinsam mit den Justizverwaltungen einbringen und arbeiten bereits an einem Projekt. Mitstreiter sind herzlich willkommen.

Ein schnelles Zurück zu der uns bekannten Normalität wird es nicht geben. Wir haben viel zu tun!

Dr. Stefan Schifferdecker

Öffentlichkeit im Sinne des § 169 GVG trotz Kontaktsperren

Der Kollege Benedikt Windau, Richter am Landgericht Oldenburg, gibt mit seinem Blog Juristinnen und Juristen die Möglichkeit, sich über aktuelle Entwicklungen im Zivilprozessrecht zu informieren. Einen in der aktuellen Situation sehr interessanten Artikel veröffentlichen wir mit seiner freundlichen Genehmigung mit geringfügigen Kürzungen. Weitere sehr lesenswerte Artikel finden Sie unter www.zpoblog.de.



Foto: M. Frenzel

Die zum Anfang der Woche in Kraft getretenen sog. „Kontaktsperren“ bringen für die gerichtliche Praxis ein Problem: Wenn es – wie allgemein kommuniziert – verboten ist (oder verboten sein soll?) die Wohnung zu verlassen bzw. sich mit anderen Personen zu treffen (in Bayern ist die Allgemeinverfügung beispielsweise auch als „vorläufige Ausgangsbeschränkung“ überschrieben), können dann Gerichtsverhandlungen gegenwärtig überhaupt noch „öffentlich“ i.S.d. GVG sein?

Allgemeines zum Öffentlichkeitsgrundsatz

Der Öffentlichkeitsgrundsatz gem. § 169 GVG bestimmt, dass die Verhandlung einschließlich der Verkündung der Urteile und Beschlüsse öffentlich ist. Öffentlichkeit i.S.d. § 169 GVG meint dabei,

dass jedermann die Möglichkeit offenstehen muss, der mündlichen Verhandlung unmittelbar beizuwohnen (s. nur Zöller/Lückemann, ZPO, 33. Aufl. 2020, § 169 Rn. 2). Der Öffentlichkeitsgrundsatz dient dabei weniger dem Individualschutz der Parteien, sondern vielmehr der Kontrolle staatlicher Machtausübung, der Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit sowie dem Schutz des Vertrauens der Allgemeinheit in die dritte Gewalt (s. nur MüKoZPO/Zimmermann, 5. Aufl. 2017, § 169 GVG Rn. 1).

Der Parteidisposition ist der Öffentlichkeitsgrundsatz deshalb – mit Ausnahme z.B. von § 128 Abs. 2 ZPO – entzogen. § 547 Ziff. 5 ZPO bestimmt entsprechend, dass die Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes ein absoluter Revisionsgrund ist. Das hat zur Folge, dass eine Verletzung auch bei Entscheidungen erster Instanz einen Berufungsgrund darstellt, wobei die Kausalität des Verfahrensfehlers für die angegriffene Entscheidung auch im Berufungsverfahren unwiderlegbar vermutet wird (BGH, Urteil vom 29.03.2000 – VIII ZR 297/98 unter II.1.b). Das Berufungsgericht muss deshalb entweder neu verhandeln oder kann – auf entsprechenden Antrag – gem. § 538 Abs. 2 Ziff. 1 ZPO das Urteil aufheben und die Sache zurückverweisen (s. nur MüKo-ZPO/Zimmermann, 5. Aufl. 2017, § 169 GVG Rn. 65).

Vorschläge, im Sinne eines „gentlemen's agreement“ im Wege z.B. einer Videokonferenz per Skype for Business zu „verhandeln“ und ggf. eine Terminsrolle vor dem Dienstzimmer aufzuhängen, sind daher gerade vor dem Hintergrund von § 717 Abs. 2 ZPO nicht ratsam. Sie funktionieren im Übrigen auch nur, wenn beide Parteien/Parteivertreter damit einverstanden sind (das wird gerade auf Passivseite oft nicht der Fall sein),

weil das Gericht nach § 128a ZPO niemanden zwingen kann, sich während der mündlichen Verhandlung an einem anderen Ort aufzuhalten. Eine Übertragung als Livestream kommt als Lösung auf Grundlage der gegenwärtigen Rechtslage ohnehin nicht in Betracht, da § 169 Abs. 1 Sätze 3-5, Abs. 2 und 3 GVG insoweit eine abschließende Regelung treffen (vgl. auch § 169 Abs. 1 Satz 2 GVG; Kissel/Mayer/Mayer, GVG, 9. Aufl. 2018, § 169 Rn. 66).

Die Regelungen der Länder

Die verschiedenen Regelungen der Bundesländer zur Anordnung von „Kontaktsperren“ (...) sind mit diesen Grundsätzen nur teilweise zu vereinbaren. Sie haben alle gemeinsam, dass sie ein Verlassen der Wohnung bzw. Zusammentreffen mit mehreren, nicht im gleichen Haushalt lebenden Personen im Wesentlichen untersagen. Teilweise sehen die Vorschriften überhaupt keine Ausnahmen bzw. Sonderregelungen für Gerichtsverfahren vor, sondern bestimmen allgemein, dass „Zusammenkünfte und Ansammlungen in der Öffentlichkeit von mehr als 2 Personen“ untersagt sind, ausgenommen insbesondere Familien (...). Soweit die Vorschriften auch die Wahrnehmung von Terminen bei Gericht ausdrücklich ausnehmen, sind sie ebenfalls äußerst unterschiedlich: Berlin ist z.B. sehr streng und bestimmt, dass ein wichtiger Grund, um die Wohnung zu verlassen, „die Wahrnehmung dringend erforderlicher Termine bei Behörden, Gerichten“ ist (§ 14 Abs. 3 lit. n SARS-CoV-2-EindmaßnV [Anmerkung der Redaktion: der Artikel berücksichtigt bereits die am 22. März 2020 in Kraft getretene Änderungsfassung der Verordnung]).

Jedenfalls in Berlin, Sachsen und den Bundesländern, die für (Öffentlichkeits-)Besuche bei Gericht keine Ausnahmen vorsehen, erscheint danach zweifelhaft, ob gegenwärtig noch eine Öffentlichkeit i.S.d. § 169 Abs. 1 GVG gewährleistet ist. Zwar spricht manches dafür, die Vorschriften so auszulegen, dass Gerichtsverhandlungen weiter stattfinden können. Dabei scheint eine „verfassungskonforme Auslegung“ schon deshalb schwierig, weil zweifelhaft ist, ob der Öffentlichkeitsgrundsatz selbst Verfassungsrang hat (ablehnend BVerfG, Beschluss vom 07.03.1963 – 2 BvR 629 u. 637/62 unter II.2.b; im Beschluss vom 14.03.2012 – 2 BvR 2405/11 Rn. 32 wird er hingegen als „Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips“ bezeichnet).

Unabhängig davon wäre m.E. aber auch zu berücksichtigen, dass schon die Regelungen an sich einen „chilling effect“ bewirken, der den Öffentlichkeitsgrundsatz beeinträchtigt. Denn ohne ausdrückliche Ausnahmen in den Regelungen besteht die konkrete Gefahr, dass eine Ordnungswidrigkeit oder gar eine Straftat (vgl. §§ 73-75 IfSG) begangen wird, wer zum Zwecke der „Öffentlichkeit“ das Haus verlässt.



Foto: M. Frenzel

Die meisten Bürger dürften vor diesem Hintergrund kein Interesse daran haben, mit kontrollierenden Polizeikräften und ggf. Ordnungsbehörden ein juristisches Proseminar zur „Auslegung der landesrechtlichen Vorschriften vor dem Hintergrund des bundesrechtlichen Öffentlichkeitsgrundsatzes und dessen Bedeutung für das Rechtsstaats- und Demokratieprinzip“ abzuhalten. Unabhängig davon, ob solche Strafen bzw. Bußgelder tatsächlich verhängt bzw. bestätigt werden, spricht daher viel dafür, dass schon deren Gefahr es verhindert, dass jedermann der Verhandlung so uneingeschränkt beiwohnen kann, wie es § 169 Abs. 1 Satz 1 GVG verlangt.

Auswege

Wenig überzeugend ist die offenbar vom bayerischen Justizminister vertretene Ansicht, es reiche aus, dass Gerichtsreportern und Journalisten eine Teilnahme an Gerichtsverhandlungen weiterhin möglich sei, dadurch werde ebenfalls eine Unterbrechung der Öffentlichkeit sichergestellt. Das ist mit dem allgemeinen Verständnis von Öffentlichkeit, wonach jedermann die Möglichkeit einer Teilnahme haben muss, kaum zu vereinbaren.

Deutlich überzeugender ist der implizite Hinweis auf § 172 Nr. 1a GVG, wonach das Gericht die Öffentlichkeit ausschließen kann, weil eine Gefährdung des Lebens, des Leibes oder der Freiheit eines Zeugen oder einer anderen Person zu besorgen ist. Käme – beispielsweise im einstweiligen Rechtsschutz – eine Vertagung als milderer Mittel zu einem Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 172 Nr. 1a GVG nicht in Betracht, wäre es m.E. in der gegenwärtigen Situation zulässig, die Öffentlichkeit gem. § 172 Nr. 1a GVG auszuschließen. Und wenn das Gericht die Öffentlichkeit ausschließen könnte, muss es auch möglich sein, eine Verhandlung unter faktischem Ausschluss der Öffentlichkeit durchzuführen (und auf einen

solchen – rein deklaratorischen – Beschluss zu verzichten). Das muss umso mehr gelten, als die Öffentlichkeit momentan nicht völlig ausgeschlossen, sondern nur sehr stark (auf Medienvertreter) beschränkt ist.

Das Ermessen verschiebt sich somit von der Frage des Ausschlusses der Öffentlichkeit hin zur Frage der Durchführung der Verhandlung trotz eines faktischen Ausschlusses bzw. einer Beschränkung der Öffentlichkeit.

Deshalb dürften die Voraussetzungen, die einen Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 172 Nr. 1a GVG rechtfertigen würden und die mithin also auch eine Durchführung der Verhandlung unter faktischem Ausschluss der Öffentlichkeit rechtfertigen, in der Entscheidung sicherheitshalber darzulegen sein. In allen anderen Fällen empfiehlt sich eine Verlegung.

Im Übrigen kann insbesondere vor dem Hintergrund des vorgenannten „chilling effects“ einen Ausweg aus dieser Lage nur der (Bundes-) Gesetzgeber weisen, indem er den Öffentlichkeitsgrundsatz i.S.d. § 169 GVG jedenfalls temporär einschränkt. Eine solche Einschränkung, nach der in bestimmten Zeiträumen Verhandlungen sowie die Verkündung von Entscheidungen auch ohne Öffentlichkeit i.S.d. § 169 GVG stattfinden können, könnte – ebenso wie die Anordnung von „Gerichtsferien“ (s. dazu ausführlich www.zpoblog.de/?p=8119) – unter bestimmten, sehr engen Voraussetzungen den Landesjustizverwaltungen übertragen werden.

Ob eine solche Regelung allerdings zeitnah kommen wird, scheint indes fraglich. Im am 27.03.2020 verkündeten „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-,

Insolvenz- und Strafverfahrensrechts“ (BGBl. I S. 569 ff.) sind noch nicht einmal die von der CDU/CSU-Fraktion geforderten „Gerichtsferien“ enthalten.

Es spricht daher viel dafür, dass die Gerichte auch die sich aus dem Öffentlichkeitsgrundsatz ergebenden Probleme allein werden lösen müssen.

...ceterum censeo: kein Stillstand der Rechtspflege

Und zuletzt (s. auch schon www.zpoblog.de/?p=8119): Auch wenn man annimmt, dass Verhandlungen momentan nicht öffentlich stattfinden können, bewirkt dies keinen „Stillstand der Rechtspflege“ i.S.d. § 245 ZPO. Denn die Vorschrift ist nach einhelliger Ansicht eng auszulegen (s. ausf. www.zpoblog.de/?p=8119). Und an allen Gerichten ist ein Bereitschaftsdienst eingerichtet, der in besonders eiligen Fällen Rechtsschutz gewähren kann – und zwar auf Wegen, die keine mündliche Verhandlung erfordern (vgl. § 937 Abs. 2 bzw. §§ 936, 924 Abs. 3, 707 ZPO).

Benedikt Windau, www.zpoblog.de

Anmerkung der Redaktion: Das OVG Berlin-Brandenburg hat mit Beschluss vom 23.03.2020 (OVG 11 S 12/20 – juris Rn 12) über die den Regelungen in Berlin weitgehend entsprechenden Ausgangsbeschränkungen im Land Brandenburg entschieden und deren Rechtmäßigkeit bejaht. Es hat zugleich ausgeführt, dass durch die Regelungen auch die Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen gewahrt seien, soweit diese trotz des gegenwärtigen Infektionsrisikos überhaupt noch stattfänden.

Grundrechtsschutz in Zeiten der Corona-Krise: Wie weit darf der Staat gehen?

Die Corona-Krise stellt den Rechtsstaat vor nie dagewesene Herausforderungen. Die Maßnahmen der letzten Wochen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden wiederholt verschärft und greifen in erheblicher Intensität in eine Vielzahl von Grundrechten ein. Doch auch (und gerade) in Krisenzeiten stellt sich die Frage, wie weit der Staat im Rahmen der Pandemiebekämpfung gehen darf und ob die einzelnen Bestimmungen verhältnismäßig sind.

Rechtsgrundlage für die einschränkenden Maßnahmen sind die in den jeweiligen Bundesländern erlassenen Verordnungen bzw. Allgemeinverfügungen in Verbindung mit dem Infektionsschutzgesetz; in Berlin handelt es sich um die Verord-

nung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2, zuletzt geändert am 22. März 2020. Die Vorschriften basieren auf der zwischen Bund und Ländern am 22. März 2020 getroffenen Vereinbarung zu einem Neun-Punkte-Plan zur Bekämpfung des Corona-Virus.

Im Folgenden soll zunächst beleuchtet werden, welche Grundrechte von den ergriffenen Maßnahmen maßgeblich betroffen sind (I.), um sodann einige in den Bundesländern getroffenen Regelungen mit Blick auf ihren grundrechtsbeschränkenden Ansatz zu vergleichen (II.). Im Anschluss hieran wird die bisherige Rechtsprechung zu Corona-Maßnahmen zusammengefasst (III.)



Foto: M. Frenzel

I. Eingriff in eine Vielzahl von Grundrechten

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der weltweiten Corona-Pandemie greifen in eine Vielzahl von Grundrechten ein. Betroffen sind durch die Minimierung der Kontakte zu anderen Personen die von Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG geschützte Freiheit der Person, das Freizügigkeitsrecht aus Art. 11 GG sowie das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG. Soweit die Weitergabe und Auswertung von Handydaten diskutiert wird, könnte es auch zu Eingriffen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als besondere Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts kommen. Das Verbot, Versammlungen durchzuführen, greift in die Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG ein bzw. höhlt diese völlig aus. Das Öffnungsverbot für Gaststätten, Friseure, Kosmetikstudios etc. stellt einen Eingriff in die Berufsfreiheit nach Art. 12 GG dar. Der Verzicht auf Gottesdienste bedeutet einen Eingriff in die Religionsfreiheit aus Art. 4 GG. Durch das Verbot einiger Bundesländer, den dort befindlichen Zweitwohnsitz zu nutzen, werden zusätzlich die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG und das Eigentumsgrundrecht aus Art. 14 GG beschränkt.

Im Rahmen einer Abwägung der einzelnen Grundrechte mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung (und damit mit dem Recht anderer auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) ist zu überprüfen, ob die Maßnahmen geeignet, erforderlich und auch im Übrigen verhältnismäßig sind. Für die Verhängung einer Kontakt- und Ausgangssperre und ähnliche Maßnahmen, wie sie in den meisten Ländern gerade verhängt werden, gilt, dass diese nach den derzeit vielfach zugrunde gelegten wissenschaftlichen Erkenntnissen (vgl. hierzu z.B. die Informationen des Robert-Koch-Instituts (https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/NCOV2019/FAQ_Liste.html, zuletzt abgerufen am 29. März 2020) und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (<https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/>, zuletzt abgerufen am 29. März 2020) grundsätzlich geeignet sind, die Verbreitung des Virus zu vermeiden, da der physische Kontakt zu anderen Personen unterbunden wird. Die einzelnen Verbo-

te und Beschränkungen müssen zum Erreichen des Zwecks der Regelung – der Vermeidung der weiteren Verbreitung des Virus – aber auch erforderlich sein, d.h. es darf kein milderes Mittel geben. Problematisch könnte unter diesem Gesichtspunkt die Erforderlichkeit einer strikten Ausgangssperre sein. Denn es ließe sich argumentieren, dass Spaziergänge, Joggen und weitere Aufenthalte im Freien ohne physische Kontakte zu anderen Personen nur einen sehr theoretischen Einfluss auf die Verbreitung des Virus haben. Wohl aus diesem Grund haben sich Bund und Länder in ihrem Gespräch am 22. März 2020 auch nicht auf eine vollständige Ausgangssperre, sondern lediglich auf ein Kontaktverbot geeinigt. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz erfordert weiterhin eine Befristung und das Vorsehen von Ausnahmen. Denn je tiefgreifender ein Grundrechtseingriff ist, desto wichtiger ist zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit auch die Regelung von Ausnahmefällen. Die Bundesländer sind diesen Anforderungen grundsätzlich gerecht geworden und sehen sowohl ein eindeutiges Zeitfenster für die Geltung der Maßnahmen als auch Ausnahmeregelungen vor.

II. Unterschiedliche Eingriffsintensivität der Maßnahmen in den Bundesländern

Die Bundesländer haben die Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus entweder in Form einer Allgemeinverfügung (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Saarland, Sachsen), durch Verordnung (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen) oder eine Kombination aus beidem geregelt.

Interessant ist bereits die unterschiedliche Ausgestaltung der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Kontaktsperre in den Ländern. Bei einem Vergleich der Regelungen zeigt sich, dass einige Bundesländer einen grundrechtsintensiveren Ansatz gewählt haben als andere.

In Bayern ist beispielsweise vorgesehen, dass die eigene Wohnung nur aus triftigem Grund verlassen werden darf (§ 1 Abs. 4 der bayerischen Verordnung), und in Berlin ist geregelt, dass sich im Stadtgebiet von Berlin befindliche Personen, vorbehaltlich anderweitiger Regelungen, ständig in ihrer Wohnung oder gewöhnlichen Unterkunft aufzuhalten haben (§ 14 Abs. 1 Satz 1 der Berliner Verordnung). Zwar sind in beiden Verordnungen eine Vielzahl von Gründen genannt, die das Verlassen der Wohnung zulässig machen. Dennoch liegt die Rechtfertigungslast in diesem Fall bei dem einzelnen Bürger, der bei Verlassen der Wohnung auf Nachfrage gegenüber den Behörden glaubhaft machen muss, dass ein zulässiger Grund vorliegt (§ 14 Abs. 2 Satz 1 der Berliner Verordnung, § 1 Abs. 6 Satz 2 der bayerischen Verordnung). Vom Ansatz her deutlich liberaler

sind Regelungen wie z.B. in Nordrhein-Westfalen, wo Zusammenkünfte und Ansammlungen in der Öffentlichkeit von mehr als zwei Personen untersagt sind (§ 12 Abs. 1 Satz 1 der nordrhein-westfälischen Verordnung), bzw. in Niedersachsen, wo Bedingungen für den Aufenthalt außerhalb der eigenen Wohnung formuliert werden (Nr. 2 der niedersächsischen Allgemeinverfügung). Damit bleibt das Verlassen der Wohnung grundsätzlich erlaubt und ist nur das Zusammenkommen mit anderen Personen eingeschränkt. Letztere Regelungen sind weniger grundrechtsintensiv.

Unabhängig von der Systematik der Regelungen bestehen bei einzelnen Vorschriften in den Bundesländern Zweifel, ob diese nicht über das absolut erforderliche Maß hinausgehen. So ist in der sächsischen Allgemeinverfügung vom 22. März 2020 vorgesehen, dass Sport und Bewegung an der frischen Luft nur im Umfeld des Wohnbereichs gestattet sind (Nr. 2.13). Spaziergänge im außerhalb des Wohnbereichs liegenden Wald oder ähnliches sind damit ausgeschlossen. Darüber hinaus ist fraglich, ob bei dem in der Berliner Verordnung vorgesehenen Besuchsverbot im Krankenhaus (§§ 5,6 der Berliner Verordnung), das eine Ausnahme nur für Kinder unter 16 Jahren für eine Stunde am Tag vorsieht, die besondere Situation von Kleinkindern hinreichend berücksichtigt wird. Entsprechende Ausnahmeregelungen sind in den Regelungen anderer Bundesländer ausdrücklich vorgesehen, so z.B. in der bayerischen Verordnung, wonach von dem Besuchsverbot in Krankenhäusern u.a. die Kinderstationen ausgenommen sind (§ 1 Abs. 3a der bayerischen Verordnung), oder in der baden-württembergischen Verordnung, wonach Ausnahmen für nahestehende Personen im Einzelfall, beispielsweise im Rahmen der Sterbebegleitung oder zur Begleitung eines erkrankten Kindes und unter Auflagen zugelassen werden können (§ 6 Abs. 6 Satz 1).

III. Übersicht über die Rechtsprechung zu Corona-Maßnahmen

In verschiedenen Eilverfahren hatten die Verwaltungsgerichte Gelegenheit, zu einzelnen Corona-Maßnahmen Stellung zu beziehen.

Das VG Bayreuth wies mit Beschluss vom 11. März 2020 (VG Bayreuth, Beschluss vom 11. März 2020 – B 7 S. 20.223, juris) den Eilantrag von Eltern zurück, deren Kinder nach Rückkehr von einer geplanten Reise aus einem Risikogebiet vorübergehend vom Besuch ihrer Kindertagesstätte ausgeschlossen werden sollten. Die angegriffene Allgemeinverfügung sei voraussichtlich nicht rechtswidrig. Auch eine allgemeine Interessenabwägung ergebe, dass das öffentliche Interesse an Leben und körperlicher Unversehrtheit der Bevölkerung gegenüber dem wirtschaftlichen und ideellen Interesse der Antragsteller überwiege.

Mit Beschluss vom 20. März 2020 wies das Verwaltungsgericht Bremen (VG Bremen, Beschluss vom 20. März 2020 – 5 V 533/20, juris) einen Eilantrag einer Bürgerin mit Vorerkrankungen gegen die Einrichtung einer Corona-Ambulanz in ihrer Nachbarschaft zurück. So wies das (zusätzliche) Risiko, welches für die Antragstellerin von der Anlaufpraxis ausgehe, keinen solchen Gefährdungsgrad auf, dass die allgemeine Gefahr einer Infektion mit dem Corona-Virus – und damit einer Beeinträchtigung ihrer körperlichen Unversehrtheit –, der sie im Zuge der aktuellen Epidemie ohnehin ausgesetzt sei, in einem unzumutbaren Maße gesteigert würde. Es sei nicht erkennbar, dass die Antragsgegnerin ihrer aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG folgenden Schutzpflicht in Bezug auf die Antragstellerin nicht genügt hätte. Selbst wenn man von einer Beeinträchtigung der Grundrechte der Antragstellerin ausginge, wäre diese zum Schutz der Allgemeinheit gerechtfertigt.

Das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht (Schleswig-Holsteinisches Verwaltungsgericht, Beschluss vom 22. März 2020 – 1 B 17/20, juris) hat mit Beschluss vom 22. März 2020 den Antrag eines Bürgers zurückgewiesen, der sich gegen das ihm durch Allgemeinverfügung auferlegte Verlassen seines Zweitwohnsitzes zur Wehr setzte. In seine Folgenabwägung stellte das Gericht auf Seiten des öffentlichen Interesses überragende Gründe der Abwehr von Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung und der Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der ärztlichen, insbesondere krankenhausärztlichen (Intensiv-)Versorgung für die Bevölkerung ein. Diese Gründe überwogen gegenüber etwaig betroffenen Individualgütern. Anders sei dies nur im Ausnahmefall, wenn besondere individuelle Umstände hinzuträten, aufgrund derer die kurzfristig erzwungene Nutzung der Hauptwohnung unverhältnismäßig erscheine. Diese Entscheidung erscheint im Hinblick auf die Schwere des Eingriffs in Art. 11, 13 und 14 GG und die Geeignetheit einer überstürzten Abreise aus dem schon bezogenen Zweitwohnsitz für die Verbreitung der Pandemie diskussionswürdig (hierzu auch ein Beitrag von Alexander Thiele auf [verfassungsblog.de](https://verfassungsblog.de/rauswurf-aus-der-zweitwohnung/) (https://verfassungsblog.de/rauswurf-aus-der-zweitwohnung/, zuletzt abgerufen am 29. März 2020)). Wohl aus diesem Grund reagierte die schleswig-holsteinische Landesregierung und erklärte das Verbleiben im Zweitwohnsitz für zulässig; nicht zulässig seien allein Neuanreisen an den Zweitwohnsitz (vgl. ein Beitrag des Norddeutschen Rundfunks vom 23. März 2020 (<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/coronavirus/Coronavirus-in-SH-Zweitwohnungsbesitzer-duerfen-bleiben-zweitwohnung104.html>, zuletzt abgerufen am 29. März 2020)).

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat mit Beschluss vom 23. März 2020 (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 23. März 2020 – OVG 11 S 12/20, juris) den Antrag eines Bürgers

zurückgewiesen, der durch die SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung des Landes Brandenburg vom 22. März 2020 hinsichtlich der Untersagung sonstiger Ansammlungen und des Aufenthaltes im öffentlichen Raum sein Recht auf Freizügigkeit verletzt sah. Die Richter des Obergerichts erklärten, dass die angegriffenen Bestimmungen eine hinreichende Rechtsgrundlage im Infektionsschutzgesetz fänden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem neuartigen Corona-Virus auch in anderen Ländern und dessen Einstufung als Pandemie durch die WHO seien die angeordneten Schutzmaßnahmen geeignet, erforderlich und angemessen und überschritten den dem Verordnungsgeber eingeräumten Einschätzungsspielraum nicht. Dass sie über die Regelungen hinausgingen, die am 22. März 2020 von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefs der Bundesländer vereinbart worden seien, sei nicht ersichtlich.

Auch der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, der in besonderen Eilfällen selbst zur Entscheidung berufen ist, hat es in einer Entscheidung vom 26. März 2020 (Bayerischer Verfassungsgerichtshof, Entscheidung vom 26. März 2020 – Vf. 6-VII-20, Pressemitteilung) abgelehnt, die bayerische Verordnung über eine vorläufige Ausgangsbeschränkung anlässlich der Corona-Pandemie durch einstweilige Anordnung außer Vollzug zu setzen.

Im Rahmen einer Folgenabwägung erkannte er zwar an, dass die Verordnung mit einer Vielzahl von unmittelbaren und mittelbaren Einschränkungen einhergehe, die – sollte die Popularklage im Hauptsacheverfahren erfolgreich sein – sodann zu Unrecht ergangen wären und insofern schwer wögen, als es sich zum Teil um tiefgreifende Grundrechtseingriffe handele, eine Vielzahl von Personen betroffen sei und die Eingriffe partiell irreversibel seien. Allerdings überwiegen demgegenüber die Gründe gegen ein Außerkraftsetzen der angegriffenen Verordnung wegen "der überragenden Bedeutung von Leben und Gesundheit der möglicherweise Gefährdeten". Die Verordnung verfolge den Zweck, die Ansteckung einer Vielzahl von Personen zu verhindern, um so einer Überlastung des Gesundheitssystems und damit der erhöhten Gefahr des Todes von Menschen vorzubeugen.

Das Hamburgische Obergericht hat schließlich mit Beschluss vom 26. März 2020 (OVG Hamburg, Beschluss vom 26. März 2020 – 5 Bs 48/20, Pressemitteilung) die Beschwerde einer Betreiberin mehrerer Einzelgeschäfte für den Handel mit elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern zurückgewiesen, die sich mit ihrem Eilantrag gegen die Allgemeinverfügung zur Eindämmung des Corona-Virus gewandt hatte. Die vorgesehene Unterscheidung zwischen Geschäften mit einem stark spezialisierten Warensortiment und den von einer Schließung ausgenommenen

Verkaufsstellen, die der Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs dienten, verstoße nicht gegen den Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG. Auflagen zum Infektionsschutz in Ladengeschäften stellten zwar ein milderer, aber kein gleich geeignetes Mittel gegenüber der Schließung von Läden dar. Bei einer Abwägung sei dem Schutz der Gesundheit der gesamten Bevölkerung, bezüglich derer den Staat eine Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 1 GG treffe, der Vorzug vor den wirtschaftlichen Interessen der Antragstellerin einzuräumen.

Auch in weiteren Entscheidungen betreffend eine Lottoannahmestelle, ein Pralinengeschäft sowie Spielhallen stufen die Gerichte im Rahmen einer Güterabwägung die menschliche Gesundheit gegenüber den drohenden wirtschaftlichen Einbußen der betroffenen Betriebe als höher ein (VG Aachen, Beschlüsse vom 23. März 2020 – 7 L 230/20, 7 L 233/20; VG Köln, Beschluss vom 23. März 2020 – 7 L 510/20; VG Düsseldorf, Beschluss vom 20. März 2020 – 7 L 575/20, jeweils Pressemitteilung).

Zusammenfassend ist zu beobachten, dass die jüngst ergangene Rechtsprechung dem gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung vor den Grundrechten der einzelnen bislang stets den Vorrang einräumt. Dies spiegelt die derzeit vielfach vertretene Annahme, dass sich die Verbreitung des Corona-Virus ausschließlich durch strikte Kontaktbeschränkungen verhindern lässt, sowie die weitgehende Akzeptanz der Maßnahmen durch die Bevölkerung wider.

Fazit

Infolge der Corona-Krise wird eine Vielzahl von Grundrechten in noch nie dagewesenem Maß eingeschränkt. Der Vergleich der in den Bundesländern getroffenen Regelungen zeigt, dass diese sich in ihrer grundrechtseinschränkenden Ausgestaltung teilweise unterscheiden und vereinzelt Klauseln enthalten, die einer rechtlichen Überprüfung wohl nicht Stand halten dürften. Bislang vermag niemand abzuschätzen, ob und wie lange die ergriffenen Maßnahmen erforderlich sind, um die schnelle Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist derzeit noch hoch, was sich auch daran zeigt, dass Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten in den letzten Wochen nur in Einzelfällen in Anspruch genommen wurde. Angesichts der tiefgehenden und weitreichenden Grundrechtsbeschränkungen wird man jedoch jede einzelne Maßnahme in kurzen Abständen einer eingehenden Überprüfung unterziehen und bei Vorliegen neuer Erkenntnisse umgehend ändern, abschwächen oder ggf. ganz aufheben müssen.

Von Dr. Karoline Bülow, *Maître en droit (Paris II)* und Britta Schiebel, LL.M. (NYU), LL.M. (Köln/Paris I), *Maître en droit (Paris I)*

Recht und Unrecht

Der Bürgerrechtler Gerd Poppe, hat auf dem Neujahrsempfang des Deutschen Richterbundes Landesverband Berlin, am 22. Januar 2020 eine ergreifende Rede gehalten. Mit seiner freundlichen Genehmigung veröffentlichen wir eine gekürzte Fassung des Vortrages.



Foto: O. Elzer

Ich will über Recht und Unrecht reden, über „Rechtsprechung“ im Unrechtsstaat und über den Umgang des Rechtsstaates mit der Hinterlassenschaft der Diktatur. Ich möchte über die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der kommunistischen Diktatur sowie über einige bis heute unzureichend behandelte Probleme und offene Fragen sprechen.

Politische Verfolgung

Wichtigstes Merkmal des Rechtsstaats ist die Gewaltenteilung. Bürgerinnen und Bürger sind durch freie und demokratische Wahlen an staatlichen Entscheidungen beteiligt bzw. können sie in regelmäßigen Abständen durch ihr Wahlverhalten beeinflussen oder korrigieren. Wenn sie ihre im Grundgesetz verankerten Rechte beeinträchtigt sehen, können sie sich an unabhängige Gerichte wenden.

Auch in der DDR gab es eine Verfassung. In ihrem Wortlaut von 1949 waren Grundrechte zum Teil in ähnlicher Weise formuliert wie im Grundgesetz. Artikel 9 lautete: „Alle Bürger haben das Recht, innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln“. Wer jedoch dieses

Recht in Anspruch nehmen wollte, wer insbesondere Kritik an der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) übte oder an der kommunistischen Partei der Sowjetunion, die in den frühen Jahren der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) / DDR die Aufsicht führte, landete sehr schnell im Gefängnis oder Zuchthaus oder in einem sibirischen Straflager. Nach Gründung der DDR 1949 bis zu Stalins Tod im März 1953 wurden fast 1000 Deutsche, darunter viele junge Menschen vom DDR-Staatssicherheitsdienst verhaftet, an die sowjetischen Militärbehörden übergeben und in Moskau erschossen.[...]

Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurden zwischen 13000 und 15000 Personen inhaftiert und tausende Urteile gesprochen. Zur größten Verhaftungswelle in der Geschichte der DDR kam es nach dem Mauerbau 1961. Zugleich änderte sich die Rechtslage für die gesamte Bevölkerung, da sie aufgrund der totalen Abschottung faktisch in Präventivhaft genommen wurde.

Um einige Formen politischer Verfolgung summarisch zu nennen, erwähne ich die Schauprozesse der 1950er Jahre, die Zwangsarbeit, die Entführungen aus dem Westteil Berlins in die DDR, den Schusswaffengebrauch an der Grenze, die Zwangsumsiedlungen und weiteren Grenzschikanen, die Einweisungen von Kindern und Jugendlichen in Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe. Schätzungen zufolge ist in der SBZ/DDR von etwa 250.000 politischen Gefangenen auszugehen, aber politische Verfolgung war nicht auf die Inhaftierung begrenzt. [...] Es erfolgten Post- und Telefonkontrollen, die Überprüfung bzw. Verhinderung von Ausbildungschancen oder Arbeitsmöglichkeiten, Verwaltungsschikanen jeglicher Art, sogenannten „Zuführungen zur Klärung eines Sachverhalts“ sowie konspirative Durchsuchungen und technische Überwachungen von Wohnungen. Vor allem aber wurde – besonders in den 1970er Jahren – das Spitzelsystem der „inoffiziellen Mitarbeiter“ der Stasi auf exzessive Weise ausgebaut.

„Zersetzung“ als Unterdrückungsmaßnahme

Besondere Bedeutung erhielten seit 1976 die sogenannten Zersetzungsmaßnahmen. „Zersetzung“ war ein Kampfbegriff Mielkes, durch sie sollte Opposition und Widerstand verhindert, sollten familiäre und Gruppenzusammenhänge zerstört werden. Dazu ein Beispiel aus einem „Operativen Vorgang“ (mit Zitaten aus Originalakten): So soll der dort genannten Ehefrau ein Studium angeboten werden, auch eine Wiederermöglichung

von Reisemöglichkeiten ins „sozialistische Ausland“. Parallel dazu soll dafür gesorgt werden, dass der Ehemann seine „arbeitsmäßigen und sozialen Probleme nicht verbessern kann“. An die Ehefrau „wird die Kontaktperson ‚Harald‘ mit dem Ziel herangeschleust, zwischen beiden ein Intimverhältnis aufzubauen (Termin Juli 1987)“. Der Ehemann „ist durch gezielte anonyme Informationen an seiner Arbeitsstelle zu diskriminieren....Die Informationsübermittlung erfolgt durch anonyme Briefe.“ Geplante Veröffentlichung eines Artikels über seine Tochter, in dem ihre bisherige schriftstellerische Tätigkeit wie auch „ihre feste politische Überzeugung gewürdigt“ wird, wodurch die Tochter vom Vater entfremdet werden soll. Eben solche Zielstellung hinsichtlich des gerade eingeschulten jüngeren Sohnes: „Positive Beeinflussung“ mit Hilfe der Schuldirektorin. Der letzte Satz dieses Plans lautet: „Zur Verunsicherung und Diskriminierung des ... in seinem Bekanntenkreis wird kompromittierendes Material erstellt und in Umlauf gebracht. Termin: ständig“.

Diese Sätze waren Teil eines Zersetzungsplans gegen meine damalige Frau und mich. Nun war dieser Plan natürlich ebenso perfide wie unsinnig. Die Förderung der Kinder hat uns nicht entzweit, sondern eher beruhigt. Die Stasi ist tatsächlich in der Schule gewesen und hat vor dem sechsjährigen Schulanfänger und seinen Eltern gewarnt. Die Kontaktperson ‚Harald‘ hat es tatsächlich gegeben - das war ausgerechnet ein jüngerer DDR-Richter. Die Stasi hat ihm bei drei Treffen, die ebenfalls in den Akten nachzulesen sind, ausführlich erörtert, wie er es anzustellen hat, von meiner Ehefrau wahrgenommen zu werden. Sogar Eintrittskarten für die Oper hat ein Stasi-Offizier ihm besorgt – alles vergeblich. Darin ist viel unfreiwillige Komik enthalten – nachträglich. Aber vor allem war das ein unglaublich bössartiger Angriff auf die Privatsphäre.

„Zersetzung“ war auch die vorgesehene Methode, um Oppositionsgruppen zu zerstören. In unserer Ende 1985 gegründeten „Initiative Frieden und Menschenrechte“, gab es in den späten 1980er Jahren gleichzeitig mindestens sechs inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit. Von ihren Führungsoffizieren hatten sie den Auftrag erhalten, die Gruppenarbeit zu stören, z.B. mit endlosen oder sinnlosen Diskussionen und absurden Aktionsvorschlägen. [...]

Grundrechte nur auf dem Papier

1968 hat die SED eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, die 1974 noch einmal modifiziert wurde. Der neue Artikel 1 lautete: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“. Nicht die Würde des Menschen – wie im Artikel 1 des Grundgesetzes – ist

unantastbar, sondern nur die Macht der SED.

In dieser neuen Verfassung rückten die Grundrechte schon systematisch weit nach hinten. Artikel 9 zur Meinungsfreiheit wurde zum Artikel 27 usw. Alle Rechte wurden unter den Vorbehalt „den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß“ gestellt. Somit waren nur Meinungen und Versammlungen erlaubt, die den Alleinvertretungsanspruch der SED bestätigten. Artikel 31 behauptete, dass das Post- und Fernmeldegeheimnis unverletzbar wären, obwohl in den Hinterzimmern von Postämtern die Stasi-Mitarbeiter unsere Post durchschnüffelten, sogar sogenannte Sonderleerungen von Briefkästen in den Stasiakten nachweisbar sind und Privattelefone abgehört wurden. Artikel 37 stellt fest: „Jeder Bürger hat das Recht auf Unverletzbarkeit seiner Wohnung“. Was die Stasi 1981 nicht davon abgehalten hat, ein hochempfindliches Mikrofon vom Dachboden aus in der Decke unseres in der oberen Etage gelegenen Wohnzimmers anzubringen. Die unfreiwillige Komik hierbei: Als ich mich über eine Ordnungsstrafe beschwerte, die mir wegen Schriftstellerlesungen in meiner Wohnung auferlegt worden war, antwortete mir die Abteilung Erlaubniswesen der Deutschen Volkspolizei, die eng mit der Stasi verbandelt war: Schließlich hätte ich das Recht auf Unverletzbarkeit meiner Wohnung verletzt.

Mit anderen Worten: Nicht ein einziger dieser Grundrechteartikel der DDR-Verfassung war das Papier wert, auf dem er stand. Wer dennoch solche Rechte wahrnahm, geriet schnell in Konflikt mit dem Strafgesetzbuch, konnte wegen „staatsfeindlicher Hetze“, „Staatsverleumdung“, „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ oder „Zusammenrottung“ verurteilt werden.

DDR – Ein Unrechtsstaat

Es gab in der DDR weder Verwaltungsgerichte noch ein Verfassungsgericht, so dass es den von den Entscheidungen Betroffenen nicht möglich war, diese gerichtlich anzufechten. Beschwerden wurden im Allgemeinen an die gleichen Stellen verwiesen, die für eine Entscheidung verantwortlich waren, und von diesen abgelehnt. In politischen Prozessen hatten Staatsanwälte und Richter von der SED-Führung vorgegebene Plädoyers, Urteile und Urteilsbegründungen vorzutragen und zu verkünden. Das Jurastudium war einer kleinen Zahl von Privilegierten vorbehalten, die sich eindeutig zum SED-Staat bekannten und entsprechend verhielten. Kennzeichnend für das Rechtswesen in der DDR war auch die äußerst geringe Zahl von Rechtsanwälten – in den 1980er Jahren waren es landesweit nur etwa 600. [...]

Das Resümee dieses ersten Teils meiner Ausführungen kann sehr einfach beschrieben werden: Die Herrschaft des Rechts, die den demokratischen Rechtsstaat ausmacht, wurde in der DDR auf den Kopf gestellt durch willkürliche Entscheidungen einer kleinen selbst ernannten Herrschaft-

sclique, die sich niemals einer Wahl gestellt hat und die für zahlreiche tragisch verlaufene Biografien verantwortlich zu machen ist. Ich kenne kein ernstzunehmendes Argument gegen den Begriff des Unrechtsstaates.

Rolle der Opposition

Im Folgenden will ich kurz auf die Opposition eingehen und auf ihre Entwicklung, die zur friedlichen Revolution beitrug. In der frühen Zeit von SBZ/DDR gab es Widerstand gegen die kommunistische Diktatur aus dem sozialdemokratischen wie auch dem konservativ-bürgerlichen Lager. All diese Menschen sind entweder im Gefängnis gelandet oder in den Westen geflohen. Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 führte die massive Repression dazu, dass die Erscheinungsformen von Widerstand und Opposition sich veränderten. Kritische Stimmen wurden in der Folgezeit auch aus den Reihen derer hörbar, die sich zwar für ein sozialistisches System engagierten, das bestehende jedoch verändern wollten. Die zerschlagenen Demokratisierungsversuche von 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei führten zur großen Enttäuschung linker Intellektueller, nicht aber schon zur Aufgabe ihrer Reformträume. Ich weiß, wovon ich rede, war ich doch selbst nicht weit von diesen Hoffnungen entfernt, hatte ich doch seit 1970 gute Freunde, die sowohl links als auch Dissidenten waren, wie Robert Havemann und Wolf Biermann.

Von manchen Journalisten und Historikern wird regelmäßig behauptet, die DDR-Opposition wäre für einen dritten Weg und gegen die deutsche Einheit gewesen. Das ist so pauschal wie falsch. Richtig ist, dass die Opposition nie als monolithischer Block anzusehen war. Ich spreche hier nur für den Teil des weit gefächerten Spektrums der Opposition, der nicht mehr auf die Reformierbarkeit des sowjetisch geprägten Herrschaftssystems hoffte. Wir wollten nicht mehr endlos über alternative Gesellschaftsmodelle diskutieren. Wir wollten eine pragmatische, den Menschenrechten verpflichtete Politik entwickeln, eigenständig Handelnde werden, die für die Mitbürger erkennbar sind. [...]

Oppositionelle entwickelten sich aus folgenlos agierenden konspirativen Kleingruppen zu Akteuren, welche die Öffentlichkeit suchten, dies unter anderem mit der Herausgabe eigener illegaler Samisdat-Zeitschriften, sodann sich landesweit mit Gleichgesinnten vernetzten. 1989 führte das schließlich zur Gründung neuer Bewegungen und Parteien und hatte einen wesentlichen Anteil an den Ereignissen des Herbstes 1989, die aus mehreren Gründen möglich wurden: der Flucht- und Ausreisewelle, der wirtschaftlichen Misere der DDR, der politischen Entwicklung in Polen und Ungarn, der Reformversuche Gorbatschows. Die Initialzündung der Revolution ging jedoch von der zahlenmäßig kleinen Opposition aus.

Zum Tag der Menschenrechte 1987 hatten wir für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ eine Erklärung herausgegeben, worin wir als unsere wichtigsten Ziele die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und die Demokratisierung nannten. Natürlich folgten Festnahmen und Verhöre, aber in der Folgezeit wurden derartige Forderungen immer häufiger hörbar und ließen sich nicht mehr auf repressive Weise unterdrücken. Die friedliche Revolution kündigte sich bereits an. Sie war kein spontanes Ereignis des Oktobers 1989 sondern ein Resultat einer langjährigen Entwicklung in Ostmitteleuropa und auch der DDR. [...]

Letztlich haben wir unser Hauptziel erreicht, die Diktatur musste dem Rechtsstaat weichen. Dies geschah in der erwünschten und zugleich einzig logischen Reihenfolge: Erstens Freiheit, zweitens Demokratie, drittens Einheit.

Aufarbeitung brachte keine Genugtuung

Mit dem Ende des SED-Staates begann sogleich dessen Aufarbeitung. Es sollten nicht die Fehler wiederholt werden, die mit der verspäteten und lückenhaften Aufklärung und Ahndung der NS-Verbrechen verbunden waren. Was in Deutschland zur Aufarbeitung der SED-Diktatur seit 1989/90 geleistet wurde, ist in seiner Gesamtheit durchaus beeindruckend und geht weit über das hinaus, was in anderen Staaten des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs wie auch in weiteren Staaten mit diktatorischer Vergangenheit möglich war und ist. [...]

Zur juristischen Aufarbeitung möchte ich die folgenden Fragen aufwerfen: Kann juristische Aufarbeitung überhaupt Gerechtigkeit schaffen? In welchem Maße ist der demokratische Rechtsstaat in der Lage, mit den Hinterlassenschaften der Diktatur angemessen umzugehen?

Zur juristischen Aufarbeitung gehört u.a. die strafrechtliche Verfolgung des SED-Unrechts sowie die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer. Erste Verfahren gab es noch in der Endphase der DDR wegen Amtsmissbrauchs und Wahlfälschung. Sie endeten mit Bewährungs- und Geldstrafen, nur in einem Fall mit Haftstrafe ohne Bewährung. Die eigentliche Strafverfolgung begann mit der deutschen Einheit. Zehn Jahre später, am 3. Oktober 2000, waren alle Taten mit Ausnahme von Mord verjährt. Die letzten Verfahren und somit die Strafverfolgung von DDR-Unrecht wurden 2005 abgeschlossen. Insgesamt hat es 1021 Verfahren gegen 1737 Angeschuldigte gegeben, in denen Anklage erhoben wurde. Verfolgte Delikte waren unter anderem: Rechtsbeugung (ca. ein Drittel der Fälle), Wahlfälschung, Straftaten des MfS, Misshandlung von Gefangenen, Doping, insbesondere aber die Tötungen an der innerdeutschen Grenze (ca. ein Viertel aller Fälle). Die meisten Verfahren endeten mit Bewährungsstrafen oder Freisprüchen. Nur 40 Angeklagte wurden

zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt.

Bei den Opfern des SED-Unrechts löste die geringe Zahl von Verurteilungen tiefe Frustration und Verbitterung aus. Sie wurden in ihrer Auffassung bestärkt, dass der demokratische Rechtsstaat nicht in der Lage sei, das an ihnen begangene Unrecht angemessen zu bestrafen. Es ist in der Tat schlicht unverständlich, dass der Staatssicherheitsminister Mielke ausschließlich wegen der Berliner Polizistenmorde 1931 angeklagt wurde und nicht wegen der tausendfachen Menschenrechtsverletzungen, die unter seiner Leitung geschehen sind. Unverständlich ist auch, warum das Bundesverfassungsgericht hochrangigen Stasioffizieren einen Teil ihrer Sonderrenten wieder zuerkannt hat, nachdem die einzig frei gewählte Volkskammer diese Privilegien gestrichen hatte. Im Ergebnis ist die durchschnittliche Rentenversorgung der Täter mit Abstand besser als die der meisten ihrer Opfer. Gerech ist das nun wirklich nicht. [...]

Keine juristischen Möglichkeiten?

Wir sind uns sicher darin einig, dass Filbingers auf das NS-Unrecht bezogener Satz: „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein“ angesichts der Naziverbrechen nicht hinnehmbar ist. Es hat indes nichts mit Gleichsetzung von Nazi-Unrecht und SED-Unrecht zu tun, wenn die Frage gestellt wird, ob nicht auch bei der juristischen Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur noch in anderen Fällen eine Relativierung des Rückwirkungsverbots denkbar gewesen wäre, als ausschließlich im Falle der Tötungen an der innerdeutschen Grenze.

Bis heute hält die Kontroverse zwischen Vertretern eines strikten Rechtspositivismus und denjenigen an, die neben dem gesetzten Recht die allgemein anerkannten und schließlich auch durch Ratifizierung der einschlägigen UN-Pakte rechtsgültig gewordenen elementaren Menschenrechte berücksichtigt wissen wollen. Immer wieder wird auch über die Anwendbarkeit der Radbruch'schen Formel diskutiert, wonach zwar das „positive“ Recht Vorrang habe, jedoch ausgesetzt werden kann, wenn es zu „unerträglichem Unrecht führt“. Was also ist unerträgliches Unrecht? Ausschließlich der Tod des an der Grenze Erschossenen oder des aus rein politischen Gründen zum Tode Verurteilten? Was ist unerträgliches Unrecht für die noch lebenden, häufig traumatisierten Opfer? [...]

Ein weiteres Problem war die nicht ausreichende Ausstattung der Justiz, insbesondere zur Verfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität. Dennoch ist die Justiz in mancher Weise unter ihren Möglichkeiten geblieben. Christoph Schäfer, damals mit der Verfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität betrauter Generalstaatsanwalt, stellte fest: „Weil der Bundesge-

richtshof aus Gründen der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes die von den ehemaligen Justizfunktionären der DDR vorgenommene extensive Auslegung (...) des politischen Strafrechts in der Anwendung auf Dissidenten, Oppositionelle und Ausreisewillige als ‚noch nachvollziehbar‘ hinnahm, ist es so gut wie gar nicht zu Verurteilungen gekommen.“

Ich will die Leistungen der Justiz insgesamt dennoch anerkennen und bin mir ihrer Schwierigkeiten durchaus immer bewusst gewesen. Immerhin ist durch die Verfahren das Unrecht deutlich benannt worden, auch wenn das den Opfern der Diktatur aus verständlichen Gründen nicht ausreicht.

Rehabilitation als Herausforderung

Das zweite große Thema der juristischen Aufarbeitung ist die Rehabilitierung der Opfer. Noch im letzten Jahr der DDR wurden eine Reihe politisch begründeter Urteile „kassiert“, die Betroffenen somit rehabilitiert. Noch vor der Wiedervereinigung verabschiedete die Volkskammer am 6. September 1990 ein Rehabilitierungsgesetz. Dieses wurde nur teilweise in den Einigungsvertrag übernommen und im November 1992 durch das vom Bundestag beschlossene Rehabilitierungsgesetz (erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz) ersetzt. Diesem Gesetz, welches die aus politischen Gründen Inhaftierten betraf, folgte 1994 das zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, welches Verwaltungsunrecht und politisch begründete Nachteile in Bildung und Beruf behandelte. Der Bundestag trug so der Tatsache Rechnung, dass politische Repression nicht allein aus Inhaftierungen bestand. Die Fristen zur Antragstellung wurden immer wieder verlängert, so dass im Unterschied zur strafrechtlichen Verfolgung eine Vielzahl von Rehabilitierungsanträgen bearbeitet werden konnte. Ende 2017 waren bereits Entschädigungen von insgesamt etwa zwei Milliarden Euro für zu Unrecht erlittene Haft gezahlt worden. Hinzu kamen etwa 130.000 Fälle, in denen keine Inhaftierung erfolgte, die Betroffenen aber wegen ihrer politischen Überzeugung in Bildung und Berufsausübung behindert wurden. Schwere Benachteiligungen können auf Antrag bei der Rentenfestlegung wenigstens teilweise ausgeglichen werden.

Allerdings sind viele Verfolgungen erst sehr spät vom Gesetzgeber berücksichtigt worden - so als besonders erschütterndes Beispiel etwa die Kinder und Jugendlichen, die unter regelrechten Haftbedingungen in Spezialheimen und Jugendwerkhöfen untergebracht wurden und davon bis heute traumatisiert sind. [...]

An dieser Stelle möchte ich ein weiteres Problem benennen, das Richter in besonderem Maße betrifft. Die mit Rehabilitierungsverfahren betrauten Richter kommen meist aus Arbeitszusammenhän-

gen, die mit den von SED-Unrecht Betroffenen wenig zu tun haben. Ihnen fehlt es oft an Verständnis für die anhaltenden Probleme der Opfer und sie wissen manchmal außerordentlich wenig über das kommunistische System, seine Repressionsmethoden und deren Folgen. Der in den vergangenen 30 Jahren erworbene Sachverstand des einzelnen Richters ändert daran wenig, denn mit zunehmendem Zeitabstand verringert sich die allgemeine Kenntnis der Probleme, zumal die mit Rehabilitierungsentscheidungen befassten Kammern einem ständigen personellen Wechsel unterworfen sind und junge Richter nachrücken, deren Kenntnisse erst erworben werden müssen. So beklagen Opferverbände und Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur immer wieder Fehlbewertungen von Lebens- und Verfolgungssituationen, die zur Ablehnung von Rehabilitierungsanträgen führen. In diesem Zusammenhang sei ein Fall geschildert, der inzwischen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wartet:

Es geht um eine damals 14-Jährige, die unter desolaten Umständen in einem von Gewalt geprägten Haushalt lebte (sexueller Missbrauch seitens des Großvaters, physische Gewalt seitens des Vaters). Das Mädchen ertrug es nicht mehr, flüchtete, wurde eingefangen und in die Psychiatrie gebracht. Ohne Befund entlassen, wurde sie in die Wohnung ihrer Eltern zurückgebracht. Der Vater verkündete, sie totzuschlagen, worauf sie erneut floh. Um sich mit dem Notwendigsten zu versorgen, beging sie kleine Diebstähle von Lebensmitteln. Sie wurde erneut gefasst, hätte vor ein Jugendgericht kommen können, was aber nicht geschah. Vater und Mutter waren nach außen hin brave sozialismustreue Bürger und fürsorgliche Eltern, so die Auffassung des Jugendamtes. Im Ergebnis kam das Mädchen in verschiedene Jugendwerkhöfe.

Ihr heutiger Anspruch auf Rehabilitierung bezieht sich auf die Einweisung in die Jugendwerkhöfe, in denen Kinder gefängnisähnlichen Bedingungen ausgesetzt waren. Wogegen besteht nun die Verfassungsbeschwerde? Ein Landgericht in Thüringen lehnte den Rehabilitierungsantrag ab, ohne die Darlegungen der Antragstellerin zu berücksichtigen, ohne Zeugen einzuvernehmen, ohne Sachverständige zu befragen, ohne den aktuellen Erkenntnisstand zur Situation in den Jugendwerkhöfen zu berücksichtigen. Die Kammer kam zum Ergebnis, dass die Einweisung in die Jugendwerkhöfe mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung vereinbar sei. Die Kammer betonte, dass sich diese Bewertung aus der Prüfung „sämtlicher Unterlagen des Jugendamtes“ ergeben habe! Eine von der Antragstellerin erfolgte Beschwerde wurde

vom Thüringer Oberlandesgericht mit gleicher Begründung abgewiesen. Auch dieses Gericht stützte sich bei seiner Entscheidung ausschließlich auf die Unterlagen des SED-geführten Jugendamtes. Wie ist das möglich? Zur Entscheidung eines Antrags auf Rehabilitierung wegen SED-Unrechts wird als einziges Beweismittel die Auffassung der Behörde zur Kenntnis genommen, die das Jugendlichen angetane Unrecht gutgeheißen und zugleich veranlasst hat. Das ist eine unfassbare Fehlleistung beider Gerichte. An Richter, die derartige Entscheidungen zu treffen haben, kann ich nur appellieren: Hören Sie die Betroffenen an. Befragen sie Zeugen und Sachverständige. Verlassen Sie sich auf keinen Fall auf die offiziellen Unterlagen des SED-Staates.

Einige aktuelle Fragen

Da ich nun schon einmal die Gelegenheit habe, mich direkt an Richter und Richterinnen zu wenden, möchte ich zum Abschluss im Telegrammstil andeuten, was mich ganz persönlich noch umtreibt und bedrückt: Ich weiß von der notorischen Unterbesetzung der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Polizei. Ich halte dafür die politisch Verantwortlichen für zuständig, die nichts dagegen unternehmen, ja diesen Zustand verursacht haben. Ich kann nicht akzeptieren, dass mit den kriminellen Dealern im Görlitzer Park so umgegangen wird, als hätte man es mit einer besonders schützenswerten Kultur zu tun. Ich will nicht einsehen, dass ein Richter einen sogenannten Intensivtäter auch beim zehnten Mal in die Freiheit entlässt. Ich kann nicht begreifen, dass selbst ein Schwerekrimineller oder potentieller Terrorist freigelassen wird, weil die U-Haft zu lange dauerte. Ich bin beunruhigt wegen der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und wegen der widerwärtigen Hasstiraden im Internet. Ich verstehe auch nicht, warum ein Richter im bekannten Fall der Frau Künast solche hasserfüllten Sätze als Ausdruck von Meinungsfreiheit ansieht. Und – um wieder beim DDR-Thema zu landen bzw. den nicht vernachlässigbaren Ost-West-Unterschieden: Was hat die von der SED behauptete, aber nie wirklich stattgefundene Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen, was haben in der DDR nicht nur latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus mit der heutigen Situation zu tun? Ich bin beunruhigt über die Skepsis oder gar Ablehnung, die dem demokratischen Rechtsstaat entgegenschlagen und hoffe auf Gerichtsentscheidungen, die zu seinem Schutz auf erhebliche Weise beitragen.

Gerd Poppe (Bearbeitung Sarah Jacob)

Einblick in die Asylverfahren in Frankreich – EJTN-Austausch am französischen Asylgericht

Richterin Camilla Schloss besuchte im Rahmen eines Austausches, organisiert durch das European Judicial Training Network (EJTN), das Pariser Gericht für Asylverfahren. Sie schildert uns ihre Eindrücke und zeigt Unterschiede im Vergleich zum deutschen Asylverfahren auf.



Foto: C. Schloss

Ein Gericht für alle Asylklagen landesweit. Das gibt es in Frankreich, in Montreuil, einem Vorort von Paris. Die günstigeren Immobilienpreise der einstigen Arbeiter- und Einwanderergemeinde führten dazu, dass eine Vielzahl an Verwaltungsgebäuden, wie das Cour nationale du droit d'asile, dort einzogen. An diesem französischen Asylgericht hospitierte ich eine Woche lang über das europäische Austauschprogramm EJTN.

Für einen Verwaltungsrichter aus Hamburg und mich hatte das Gericht ein straffes Programm zusammengestellt. Neben der Begleitung der Verhandlung des Vizepräsidenten führten wir Gespräche mit zahlreichen Richtern und Mitarbeitern, um zu verstehen, wie unser Nachbarland mit dem hohen Asylklageaufkommen seit 2017 umgeht. Mit großem Interesse beobachtete ich in dieser Woche, wie Rechtsnormen der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Qualifikationsrichtlinie in zwei Mitgliedstaaten unterschiedlich angewendet werden und wie der Entscheidungsprozess unterschiedlich verläuft. Mit Letzterem befasst sich dieser Artikel. Bei einem Blick auf das Programm wurde bereits deutlich, dass eine große Aufgabenteilung an dem Gericht

herrscht. Ein Richter erklärte, man sei bemüht, das Gerichtsverfahren zu „industrialisieren“.

An einem Montagmorgen im letzten Sommer schnappte ich mir vor meiner – großzügig durch die Europäische Union finanzierten – Unterkunft bei République ein Fahrrad. Ich befuhr die Boulevard Voltaire vorbei am Place de la Nation und überquerte die Boulevard Périphérique. Die Hausmann-Architektur wurde durch kleine Häuserreihen ersetzt. Ich bestaunte die Bioläden, Cafés und zu Lofts umgebauten Werkstätten, welche die Gentrifizierung von Montreuil ankündigten. Schnell befand ich mich vor einem großen, funktional-modernen Gebäudekomplex. Ich erkannte an der Traube von Menschen verschiedener Hautfarbe und mit verschiedenen Kleidungsstilen, die am bewachten Eingang anstanden, dass ich das Ziel erreicht hatte. Zunächst erhielten wir eine Einführung über das Gericht von einem Richter, der es immer wieder vermochte, auch die Parallelen zur deutschen Gerichtsorganisation aufzuzeigen. Anders als in Deutschland ist für Asylentscheidungen nicht das Verwaltungsgericht, sondern das Asylgericht zuständig. Grund hierfür sei, so der Richter, dass die Beschwerdekommision für Flüchtlinge (der Vorgänger des Asylgerichts) zur Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention bereits 1952 geschaffen wurde, während die Verwaltungsgerichte (tribunaux administratifs) erst ein Jahr später errichtet wurden.

Die Tatsache, dass es eine spezielle Gerichtszuständigkeit für Asylsachen gibt, führt zu einer Reihe von Unterschieden zum deutschen Schutzsystem. Bereits bei der ersten Lektüre französischer Urteile zu Asylsachen stellte ich fest, dass Abschiebungsverbote nicht tenoriert werden. Der Vizepräsident erklärte uns beim Mittagessen in der Kantine: Vor dem Asylgericht kann sich ein Kläger gegen Entscheidungen des Office Français de Protection des Réfugiés et Apatrides (OFPRA, dem französischen BAMF) wehren. Das OFPRA entscheidet nur über die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft und die Anerkennung des subsidiären Schutzes, nicht über Abschiebungsverbote etwa aus humanitären Gründen.

2017 sei es zu einem deutlichen Anstieg der Asylklagen um 33 Prozent auf 53.600 gekommen, schilderte uns der Generalsekretär des Gerichts und drückte uns eine Vielzahl von Broschüren in die Hand. Aus dem Tätigkeitsbericht für 2019

ergibt sich, dass im vergangenen Jahr knapp 59.000 Klagen eingegangen und 66.500 Entscheidungen gefällt worden sind. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug sieben Monate und fünf Tage. Die durchschnittliche erwartete Verfahrensdauer für eine Ende 2019 eingereichte Klage betrug fünf Monate und neun Tage. Damit hat sich die Verfahrensdauer in den letzten zehn Jahren auf ein Drittel reduziert. Man sei bemüht, den Prozess weiter zu straffen, um die gesetzlichen Vorgaben zur Dauer der Verfahren (fünf Monate für Kammerentscheidungen und fünf Wochen für Einzelrichterentscheidungen) einzuhalten.

2019 fanden 5.300 Verhandlungen statt. Die Verhandlungssäle sind mit Computern für die Richter und Mitarbeiter des Gerichts ausgestattet. Mit den Klägern, die sich in französischen Überseegebieten (wie Guadeloupe und La Réunion) befinden, werden Videoverhandlungen durchgeführt. Dass die Verhandlungen deutlich kürzer als in Deutschland verlaufen, konnte ich bei einem Gang durch den von den Büros getrennten Gebäudeteil für die Verhandlungen erkennen. Dort herrschte ein geschäftiges Treiben. Auf zwei Etagen führten die Verhandlungssäle jeweils links und rechts von langen Fluren ab. Die Türen zu den Verhandlungssälen standen offen. Immer wieder betrat und verließ jemand während der laufenden Verhandlung den Saal. Bei einem Blick auf den Terminsaushang stellte ich mit Erstaunen fest, dass bis zu dreizehn Verhandlungen pro Kammer anberaumt worden waren. Eine gestaffelte Ladung der Kläger erfolgte nur grob auf den Vor- bzw. Nachmittag. Der große Warteraum vor den Verhandlungssälen war gefüllt mit Klägern, die auf ihren Aufruf warteten.

Den Terminsaushängen ließ sich eine Spezialisierung auf Herkunftsländer nicht entnehmen. Eine Zuständigkeitsaufteilung unter den Kammern nach Ländern sei diskutiert, aber bisher verworfen worden, führte eine Kammervorsitzende aus. Ihr persönlich gefalle auch die Vielfalt. Um sicherzustellen, dass sie über hinreichende Kenntnisse zu dem jeweiligen Land verfügen und die organisatorischen Aufgaben bewältigen könne, stünden ihr eine Reihe von Institutionen am Gericht unterstützend zur Verfügung.

Im Laufe der Woche konnten wir über die Gespräche mit Repräsentanten der einzelnen Institutionen mehr über die Delegation der Aufgaben erfahren: So führt nach Eingang der Klage die Eingangsregistratur (service central d'enrôlement) das Verfahren. Sie terminiert mit drei Wochen Vorlauf die Verhandlung und teilt erst dann das

Verfahren einer Kammer zu. Zuvor hat in 98 Prozent der Verfahren eine unabhängige Stelle (bureau d'aide juridictionnelle) Prozesskostenhilfe bewilligt. Die Richterin selbst befasst sich mit der elektronischen Akte erst zwecks Verhandlungsvorbereitung.

Hierfür bekommt sie aber auch Unterstützung. Ein sog. Rapporteur bereitet in den drei Wochen vor der Verhandlung ein Votum für die Kammer vor. In diesem Votum, so erklärte uns Elise, die seit ihrem Politik-Masterstudium vor drei Jahren als Rapporteur arbeitet, fasst sie die Behördenentscheidung zusammen, bereitet die geopolitische Lage des Herkunftslandes sowie die tatsächlichen und rechtlichen Besonderheiten des Einzelfalls auf und schlägt Fragen für die mündliche Verhandlung vor. Dabei können die Kammer und der Rapporteur auf das Dokumentations- und Forschungszentrum des Gerichts (CEREDOC) zurückgreifen. Dieses Zentrum erstellt detaillierte Berichte zur geopolitischen Lage der einzelnen Herkunftsländer, analysiert die Urteile des Gerichts und sammelt Leitentscheidungen zum Zwecke der „Ver einheitlichung“ der Rechtsprechung.

Auch während der Verhandlung sind die Aufgaben verteilt. Eine Geschäftsstelle überwacht die Formalitäten. Eine Protokollierung findet nicht statt. Der Rapporteur verliest den Sachbericht des Votums. Die Kammer richtet nun Fragen an die Klägerin. Dabei stellt sie grundsätzlich keine offenen Fragen zur Fluchtgeschichte, sondern konkrete Fragen zu Widersprüchen zur behördlichen Anhörung. Anschließend hält der Anwalt der Klägerin ein Plädoyer. Ähnlich wie beim BAMF erscheint eine Behördenvertreterin regelmäßig nicht. Eine Entscheidung wird der Klägerin einige Wochen später zugesandt. Hierfür entwirft der Rapporteur für die Kammer das Urteil. Dieses wird grundsätzlich durch einen knappen, eher feststellenden als begründenden Ton geprägt.

Die Unterschiede, die wir im Vergleich zu unseren deutschen Asylverfahren erkennen konnten, regten interessante Diskussionen mit den Richtern und Mitarbeitern an. Nach der einwöchigen Hospitation waren wir begeistert von dem sehr persönlichen Austausch. So ermöglichte dieser Praxisvergleich, Ideen der Verfahrensbeschleunigung und Effizienzgewinnung zu entwickeln und zugleich in anderen Punkten die eigene Arbeitsweise mit Blick etwa auf die richterliche Unabhängigkeit und Gründlichkeit wertzuschätzen.

Camilla Schloss

Rechtsreferendariat in Berlin

Der Rechtsreferendar am Kammergericht Lars Klenk gibt uns einen Einblick in die aktuelle Situation der Referendare in Berlin und berichtet uns von seinen bisherigen Erfahrungen



Foto: Oliver Elzer

Das Referendariat in Berlin beginnt in aller Regel mit Warten, dem Warten auf einen Platz. Denn das Referendariat in Berlin ist genauso begehrt wie Berlin als Wohnort. Das liegt auch an der Attraktivität von Berlin als Stadtstaat. Anders als in Flächenstaaten ist es für Referendare in Berlin deutlich berechenbarer, wo sie in der Station zum Einsatz kommen. In Flächenstaaten läuft man hingegen Gefahr, seine Gerichtsstation an einem abgelegenen Amtsgericht zwischen Wald und Wiesen ableisten zu müssen, das ohne Auto nur schwer zu erreichen ist.

Hat man im ersten Staatsexamen mindestens zehn Punkte oder hat man dieses zumindest in Berlin abgelegt, erhält man zwar eine Vorzugsbehandlung bei der Platzvergabe. Auch dann beträgt die Wartezeit aber aktuell ca. 18 Monate. Referendare, die unmittelbar im Anschluss an ihr erstes Staatsexamen ins Referendariat einsteigen, gibt es daher in Berlin faktisch nicht. Viele nutzen die Wartezeit auf den Referendariatsplatz vielmehr, um eine Promotion oder einen LL.M. in Angriff zu nehmen oder um schon einmal bei einem zukünftigen Arbeitgeber als wissenschaftlicher Mitarbeiter hineinzuschnuppern.

Die ersten Ausbildungsstationen des Referendariats haben sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert. Zu Beginn steht ein einmonatiger Einführungslehrgang, der den Referendaren die Grundzüge des Zivilprozessrechts näherbringen soll. Daran knüpft die dreimonatige Ausbildung in der Zivilstation bei einem Amtsgericht oder dem Landgericht an. Der Arbeitsablauf gestaltet sich üblicherweise wie folgt: Einmal die Woche kommt man zu den Sitzungen, zuvor liest man die dazugehörigen Akten. Noch am gleichen oder an einem anderen Tag gibt der Ausbilder dem Referendar

dazu noch eine Akte mit nach Hause, zu welcher er einen Urteilsentwurf schreiben soll. Dieser wird dann in der darauffolgenden Woche besprochen. Manche Richter überlassen einem vielleicht sogar die Leitung einer mündlichen Verhandlung. Begleitet wird diese Stationsausbildung, wie bei jeder weiteren Station auch, durch eine wöchentliche Arbeitsgemeinschaft. Diese wird durch Richter, Staatsanwälte oder Anwälte geleitet. Der lerntechnische und praktische Nutzen dieser Arbeitsgemeinschaften ist dabei sehr stark abhängig vom Engagement des AG-Leiters.

Auf die Zivilstation folgt die 3 ½ Monate lange Station bei der Staatsanwaltschaft. Auch hier müssen die Referendare Akten bearbeiten, Produkt dessen sind aber nunmehr Anklageschriften. Hinzu kommen regelmäßige Sitzungsververtretungen, bei denen der Referendar in einer Hauptverhandlung die Staatsanwaltschaft vertritt. Das ist in vielerlei Hinsicht aufregend. Anders als noch bei einer möglichen Verhandlungsleitung in der Zivilstation sitzt der Ausbilder nicht mehr neben einem. Man ist auf sich allein gestellt. Im Gegenzug wird man aber ernst genommen. Außer dem Strafrichter wissen die Verfahrensbeteiligten nämlich in aller Regel nicht, dass man gar kein „echter“ Staatsanwalt ist und behandeln einen mit genauso viel oder wenig Respekt wie das Original. Die Sitzungsververtretungen in der Strafstation sind daher eine erste Feuerprobe, ob man tatsächlich in der juristischen Praxis überlebensfähig ist.

Die Strafstation hat daneben – je nach Engagement des AG-Leiters – noch weitere Leckerbissen zu bieten: einen Ausflug in die Gerichtsmedizin und die Teilnahme an einer Obduktion, die Besichtigung einer Justizvollzugsanstalt und die Mitfahrt auf einer Nachtschicht der Polizei. Viele entdecken im Angesicht dieses Programms tatsächlich das erste Mal ihre Liebe zum Strafrecht.

Nach der Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft folgt die 3 ½ Monate lange Verwaltungsstation. Viele Referendare zieht es hier angesichts des reichhaltigen Angebots in Berlin in eines der Bundesministerien. Diese bieten den Referendaren in aller Regel einen netten Arbeitsplatz und interessante Arbeitsaufträge. Die Kehrseite der Medaille sind allerdings hohe Präsenzzeiten. Die Ministerien verlangen gemeinhin, dass man drei bis vier Mal die Woche für je acht Stunden anwesend ist. Das mag für sich genommen überschaubar klingen. Es gilt aber zu bedenken, dass ein Referendar immer auf mehreren Hochzeiten gleichzeitig tanzt. Einmal die Woche muss er neben der Station zur AG

und dazu muss er sich auch noch irgendwie auf das Staatsexamen vorbereiten.

Das Staatsexamen ist für die Referendare spätestens mit Beginn der Verwaltungsstation nicht mehr zu ignorieren. Haben sie die Station allerdings in einer der Ministerien verbracht, müssen sie entweder ihre Wochenenden opfern, um den Examensstoff zu lernen oder es wird sich auf Grund der mangelnden Vorbereitung langsam Panik breit machen.

Diese Panik wird mit Beginn der neunmonatigen Anwaltsstation nicht weniger. Der Weg in die Kanzlei ist für die Referendare indes zumindest die Gelegenheit, die eher dürftigen Bezüge (monatlich knapp 1.000 EUR netto) aufzubessern. Viele der großen Kanzleien zahlen den Referendaren für die Zeit der Station 400 bis 1.000 EUR netto zusätzlich. Im Gegenzug erwarten sie aber auch, dass man zumindest für die ersten drei bis fünf Monate drei bis vier Mal die Woche in die Kanzlei geht. Auch in dieser Zeit haben die Referendare daher kaum Gelegenheit, sich vernünftig auf das Examen vorzubereiten.

Um diese Zeit zu haben, beginnt für viele Referendare nach spätestens fünf Monaten der Anwaltsstation das ominöse Tauchen. Tauchen heißt, die Referendare gehen nur noch selten, häufig sogar gar nicht mehr in die Kanzlei und bereiten sich stattdessen in Vollzeit auf das Examen vor. Für die Referendare ist das überlebensnotwendig, da sie ohne diese Zeit das Examen realistisch nicht bewältigen können. Sie tauchen allerdings auf eigene Gefahr. Das Kammergericht als Ausbildungsbehörde der Referendare verbietet es ihnen, ihre Stationsausbildung zu schwänzen. Eine Zeit lang hat das Kammergericht dieser Ansicht mit Anwesenheitskontrollen bei den Ausbildungsstationen Nachdruck verliehen. Wen man erwischte hat, dem wurden die Bezüge (bzw. Terminus technicus: die Unterhaltsbeihilfe) gekürzt. Diese Kontrollen haben mittlerweile nachgelassen, die Angst vor ihnen unter den Referendaren ist aber nach wie vor groß. Das Kammergericht bringt die Referendare so in eine unmögliche Situation: Entweder sie halten sich an die Regeln und sind die gesamte Station über in der Kanzlei anwesend, setzen dafür aber ihr Examen aufs Spiel. Oder sie tauchen ab und hoffen wie ein Ladendieb darauf, nicht erwischt zu werden. Das Kammergericht täte hier gut daran, den Referendaren entgegen zu kommen.

Hilfreicher erweist sich das Kammergericht mit dem Angebot sogenannter Probeexamen. In den Monaten vor dem Examen bietet es zwei solcher Probeläufe an. Bei diesen schreiben die Referendare innerhalb von zwei Wochen je sechs Klausuren in den drei Rechtsgebieten, die von Praktikern auf Examensniveau korrigiert und besprochen werden. So erhalten die Referendare ein realistisches Bild davon, was sie im Examen erwartet

und wie ihre eigenen Leistungen derzeit einzuschätzen sind.

Nach gut 1 ½ Jahren Referendariat kommt es zum vorläufigen Höhepunkt: den schriftlichen Prüfungen, bestehend aus sieben fünfstündigen Klausuren. Jeweils zwei davon werden im Zivil-, Straf- und Öffentliches Recht geschrieben. In einer Klausur kann der Referendar das geprüfte Rechtsgebiet selbst wählen. Anders als früher, wird im Examen heute nicht mehr nur die staatliche Sichtweise abgeprüft, sondern auch die anwaltliche. So müssen die Referendare damit rechnen, dass in jedem Rechtsgebiet mindestens eine Anwaltsklausur läuft, bei der sie keinen Urteilsentwurf verfassen, sondern einen Mandanten vertreten und für diesen einen Schriftsatz entwerfen.

Inhaltlich ist das Examen so schwer wie eh und je: Sachverhalte von bis zu 20 Seiten, gespickt mit zahlreichen, häufig schwer zu erkennenden prozeduralen und materiellen Problemen. Betrachtet man ältere Klausuren, so werden die Daumenschrauben über die Jahre gefühlt sogar immer enger gezogen, sprich die Klausuren immer umfangreicher und schwerer. Zyniker werden sagen: Das Arbeiten unter großem Zeitdruck ist eine hervorragende Vorbereitung auf das spätere Berufsleben.

Die Ausbildung sozialer Kompetenzen steht im Referendariat demgegenüber kaum im Fokus. Dies steht im erkennbaren Kontrast zu den Anforderungen juristischer Berufe, wo Arbeitgeber regelmäßig bereits im Bewerbungsprozess – nicht zuletzt bei der Bewerbung auf die Richterlaufbahn – soziale Fertigkeiten überprüfen. Im Angebot des Kammergerichts finden sich zwar auch fakultative Seminare zu soft skills. Aufgrund der enormen Examensfokussierung der Ausbildung besteht für die Referendare aber nur ein geringer Anreiz, an diesen teilzunehmen. Selbst wenn die Bereitschaft da wäre, an diesen teilzunehmen, fehlt es zumeist an der Zeit.

An das schriftliche Examen schließt sich der angenehmste Teil des Referendariats an: die Wahlstation. Wie der Name schon sagt, können die Referendare hier eine beliebige Ausbildungsstation im In- oder Ausland wählen. Viele Referendare zieht es hier ins Ausland. Wohl wissend, dass nach dem Referendariat der Berufseinstieg blüht, nutzen sie vielleicht eine der letzten Gelegenheiten in ihrem Leben, um drei Monate am Stück an weit entfernten Orten wie Australien oder Südafrika zu verbringen.

Häufig dient die Wahlstation aber auch der Verdrängung von dem, was da kommt, nämlich der Notenbekanntgabe der schriftlichen Prüfungen. Diese kann einem auch an einem noch so sonnigen Tag in Australien die Laune verderben. Die schriftlichen Prüfungen fallen in Berlin (wie auch

anderswo) in aller Regel schlecht aus. Die Durchfallquote ist mit rund 15 Prozent zwar eher niedrig. Vollbefriedigend und besser schaffen im schriftlichen Teil aber bestenfalls fünf Prozent der Referendare, Noten von 11 Punkten und besser sind absolute Mangelware. Die Hoffnung vieler Referendare konzentriert sich daher auf die mündliche Prüfung. Sie hat – wohl zu Recht – den Ruf, die schriftlichen Noten vieler signifikant zu verbessern und sie so noch auf die anvisierte Wunschnote zu hieven. Das liegt auch daran, dass sie mit 40 Prozent in die Gesamtnote eingeht, was in Anbetracht des geringen zeitlichen Umfangs der Prüfung – knapp zwei Stunden mündliche Prüfung im Vergleich zu 35 Stunden schriftlicher Prüfung – nur schwer nachvollziehbar ist. All seine Erwartungen auf die mündliche Prüfung zu fokussieren, birgt allerdings auch hohe Risiken. Im Vergleich zur schriftlichen Prüfung ist sie viel stärker von den persönlichen Vorlieben der Prüfer abhängig – sowohl was die bevorzugten Prüfungsthemen angeht als auch in Bezug auf die Notenverteilung. Inhaltlich besteht die mündliche Prüfung aus einem zehnminütigen Aktenvortrag mit fünfminütigem Vertiefungsgespräch, in welchem die Referendare die Lösung eines Falles präsentieren, die sie zuvor eine Stunde lang vorbereitet haben. Daneben gibt es je ein Prüfungsgespräch in den drei Kernfächern in größerer Runde (i.d.R. drei bis fünf Referendare), bei dem auf jeden Prüfling etwa 10 Minuten Prüfungszeit entfallen sollen. Die Notenbekanntgabe erfolgt im unmittelbaren Anschluss an das letzte Prüfungsgespräch.

Die meisten Referendare ziehen nach Abschluss ihrer Ausbildung trotz der beschriebenen Defizite ein positives Fazit. Die Möglichkeit, in einer kurzen Zeitspanne viele verschiedene juristische Berufe

hautnah kennenzulernen, wird zu Recht als Privileg empfunden. Zudem erwartet sie als frisch gebackene Volljuristen ein attraktiver Bewerbermarkt, an dem sich in Anbetracht der Pensionierungswelle im Staatsdienst und der guten wirtschaftlichen Lage wohl so schnell auch nichts ändern wird. Ob sich am Ablauf des Referendariats in Zukunft etwas ändert wird, bleibt abzuwarten.

Lars Klenk

Anmerkungen der Redaktion: Die Attraktivität von Berlin als Ausbildungsstandort verdeutlicht sich auch an den Zahlen der geprüften Referendare in den einzelnen Bundesländern. Während die Anzahl der Referendare bundesweit sinkt – im Jahr 2001 wurden noch 12.592 Kandidatinnen und Kandidaten geprüft, im Jahr 2017 waren es gerade noch 8.716 – ist sie in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg gleich geblieben. In Berlin belief sich 2001 die Anzahl der geprüften Referendare auf 951 und im Jahr 2017 auf 920.

Während die „Bestehensquote“ bundesweit in etwa stabil geblieben ist, hat sie sich in Berlin verbessert. Das Notenniveau (Durchschnittsnoten) ist bundesweit gestiegen. Die Meinungen, woran das liegt, gehen auseinander. Es spricht viel dafür, dass es „Vornoteneffekte“ aus den durch die universitäre Schwerpunktprüfung erheblich gestiegenen Ergebnissen der Ersten Juristischen Prüfung gibt. Die offiziellen Examensstatistiken können eingesehen werden unter: https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Justizstatistik/Juristen/Ausbildung_node.html

Silent March in Warschau am 11. Januar 2020

Die polnische Richtervereinigung „justicia“, der europäische Dachverband der Richter- und Staatsanwaltsorganisationen und der Deutsche Richterbund hatten zur Demonstration gegen die am 1. Januar 2020 in Kraft getretenen polnischen Justizgesetze aufgerufen, mit denen ein weiterer Schritt zur Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit, der Gewaltenteilung und zur Eingliederung der Justiz in die Exekutive getan wird. Die Veranstalter zählten 25.000 Teilnehmer. Richter und Staatsanwälte aus mehr als 20 europäischen Ländern waren gekommen, viele in Robe, ein Kollege sogar aus der Türkei. Die schönsten Roben trugen die italienischen Kollegen, verziert mit Goldschnüren. Die deutsche Richterschaft war mit fünf Richtern vertreten. Die ausländischen Kollegen versammelten sich im Obersten Gericht und

waren weit vorne im Demonstrationzug. Bereits beim Verlassen des Obersten Gerichts wurden vor allem die Ausländer mit lauten Sprechchören der am Straßenrand stehenden Bürger begrüßt „wir danken euch“. Und zu Beginn der Demonstration wurde die polnische Nationalhymne gesungen, alle vier Strophen.

Nach meinem Eindruck brauchen die polnischen Kollegen, denen wegen ihrer Teilnahme an der Demonstration massive berufliche Nachteile drohen, dringend unsere vor allem moralische Unterstützung.

Ulrike Phieler-Morbach

Jens Gnisa geht, wie weiter?

Nachdem im Dezember 2019 der gewählte Bundesvorsitzende Jens Gnisa überraschend zum Ablauf des Jahres seinen Rücktritt erklärt hatte, hatten seine beiden Stellvertreter, Barbara Stockinger und Joachim Lüblinghoff, als Doppelspitze die Verantwortung für das Handeln des Bundesverbandes übernommen. Ungeachtet der Tatsache, dass dieses bereitwillige Engagement von den Vertretern der Landes- und Fachverbände begrüßt worden ist, zeichnete sich Gesprächsbedarf über das weitere Vorgehen ab. Auf Antrag des Thüringischen Landesverbandes und mit breiter Unterstützung anderer Landes- und Fachverbände, fand am 26. Februar 2020 im Haus des Rechts eine außerordentliche Bundesvorstandssitzung statt, auf der die möglichen Optionen, wie zum Beispiel vorgezogene Neuwahl einer Bundesvorsitzenden oder eines Bundesvorsitzenden anlässlich der Bundesvertreterversammlung im Herbst 2020, sowie die damit einhergehenden Vor- und Nachteile erörtert wurden.

Im Ergebnis blieb ein Antrag auf vorgezogene Neuwahl ohne Erfolg. Die Mehrheit war der Überzeugung, dass eine Neuwahl in den für die Arbeit

des Bundesverbandes relevanten Kreisen als Diskontinuität wahrgenommen würde und dies der in den letzten Jahren erarbeiteten Bedeutung des Deutschen Richterbundes schaden könne. Alle Teilnehmer begrüßten die weiter bestehende Bereitschaft der sehr geschätzten Kollegen, die Arbeit des Bundesvorsitzenden gemeinsam zu schultern.

Die Bundesvorstandssitzung hat jedoch der Einrichtung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Landes- und Fachverbände und Mitgliedern des Präsidiums, zugestimmt, die die Änderung der Satzung, gerade auch im Hinblick auf die Einrichtung einer optionalen Doppelspitze, prüfen soll. Erste Ergebnisse hätte die Arbeitsgruppe auf der Bundesvorstandssitzung im Anschluss an den Richter- und Staatsanwaltstag in Weimar präsentieren sollen. Dazu wird es jetzt angesichts der Verlegung nicht kommen. Der Landesverband wird Sie über die weitere Entwicklung der Diskussion auf dem Laufenden halten.

Katrin-Elena Schönberg

Justizthemen im Abgeordnetenhaus

Auch in den vergangenen drei Monaten sind im Berliner Abgeordnetenhaus wieder einige Fragen aus dem Bereich der Justiz behandelt worden. Hervorzuheben sind die Folgenden.

Neues Amtsgericht Marzahn-Hellersdorf

Dem Abgeordneten Kristian Ronneburg (DIE LINKE.) hat der Senat auf der Drucksache 18/22151 Auskunft über die beabsichtigte Schaffung eines Amtsgerichts Marzahn-Hellersdorf gegeben. Der Senat hält ein neues Amtsgericht zur Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit für erforderlich, weil mit der Schließung des Amtsgerichts Hohen-schönhausen der Bezirk des Amtsgerichts Lichtenberg eine „enorme“ Ausdehnung erreicht habe. Der Zeitplan wird im Wesentlichen durch die Suche nach einem geeigneten Grundstück und die Frage, ob ein neues Gebäude zu errichten ist, bestimmt.

Arbeitsanfall beim Sozialgericht

Auf der Drucksache 18/22180 finden sich Zahlen zum Arbeitsanfall beim Sozialgericht Berlin im Jahr 2019, denen eine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (DIE LINKE.) zugrunde liegt. Die Jahre 2016 bis 2018 waren auf der Drucksache 18/17579 behandelt worden.

Die meisten der rund 27.000 Verfahrenseingänge des letzten Jahres betrafen Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II), nämlich knapp 12.000. Damit bilden die ALG II-Sachen mit weitem Abstand den größten Anteil der Eingänge. Es folgen Angelegenheiten der Krankenversicherung (gut 4.200), der Rentenversicherung (fast 3.000), der Sozialhilfe – einschließlich Asylbewerberleistungen – und des Schwerbehindertenrechts (je rund 2.000), der Arbeitsförderung (1.612) sowie des Kostenrechts (etwa 1.000). Bei den ALG II-Sachen sind jedoch auch die größten Veränderungen festzustellen: Von mehr als 18.000 Eingängen im Jahr 2016 sind die Zahlen stetig gesunken, im Vergleich zum Jahr 2018 noch einmal um mehr als 1.800 Eingänge.

Die gut 25.000 Erledigungen von Klageverfahren setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen: Klagerücknahmen (8.768), angenommene Anerkenntnisse (7.183), Endurteile (knapp 3.000), instanzbeendende Gerichtsbescheide (2.588), gerichtliche Vergleiche (1.113). Die Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes sind ganz überwiegend durch Beschlüsse (2.008), angenommene Anerkenntnisse (1.259) oder Zurücknahmen (515) beendet worden; insgesamt gab es hier fast 4.000 Erledigungen.

Der Bestand an offenen Verfahren zum 1. Januar 2020 hat dadurch im Vergleich zum Ersten des Vorjahres abgenommen. Klageverfahren haben im Durchschnitt 15,6 Monate gedauert, Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes durchschnittlich einen Monat. Auf jeden Richter sind im Mittel 242,7 Verfahren entfallen. Über unbesetzte Richterstellen kann sich das Sozialgericht nicht beklagen; lediglich im Jahr 2016 war eine (neu geschaffene R 2-) Stelle für neun Monate unbesetzt, in den Jahren 2017 bis 2019 waren sämtliche Richterstellen besetzt.

Angriff auf die IT des Kammergerichts

Zur Vorgeschichte und Aufarbeitung des allseits bekannten „IT-Desasters am Kammergericht“ – so der Abgeordnete Sven Rissmann (CDU) in seiner Anfrage – hat der Senat auf der Drucksache 18/22497 Auskunft erteilt. Um Einzelheiten des Angriffs im letzten Jahr geht es dabei nicht. Vielmehr werden der bisherige Sonderweg des Kammergerichts im Verhältnis zum ITDZ als dem zentralen IT-Dienstleister des Landes Berlin und die Bemühungen im Nachgang des Angriffs knapp dargestellt. Eine Lehre aus dem Vorfall ist: „Es wurde festgestellt, dass die BSI-konforme Errichtung eines IT-Regelbetriebes im Kammergericht Berlin im Eigenbetrieb nicht umsetzbar ist.“

Stellung der Gesamtfrauenvertreterin

Am 18. März 2020 wollte der Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses erneut über einen Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) beraten.

Auf der Drucksache 18/2358 hatte die FDP-Fraktion die Ausdehnung des Geltungsbereichs des LGG auf die Richterschaft vorgeschlagen. Hintergrund sind zwei Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 17. Oktober 2019 – 4 B 22.17 und 23/17 –, denen zufolge wegen der Geltung des LGG nur für Beamte und Angestellte die Gesamtfrauenvertreterin der Berliner Justiz bei der Besetzung von Richterstellen nicht zu beteiligen sei. Zwischenzeitlich haben die Fraktionen von FDP, SPD, DIE LINKE. und Bündnis 90/Die Grünen eine ausgereifte Fassung des Entwurfs vorgelegt. Ob der Rechtsausschuss angesichts der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie am 18. März 2020 überhaupt noch getagt hat und die Gesetzesänderung somit zeitnah vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden kann, ist dem Internetauftritt des Abgeordnetenhauses nicht zu entnehmen. Der Landesverband Berlin des DRB hatte zuletzt in einer Pressemitteilung angemahnt, der Justizsenator möge in der Angelegenheit tätig werden.

Dr. Udo Weiß

Besoldung, Beihilfe und Dienstrecht

Weitere Schritte zur Besoldungserhöhung



Foto: L- Schifferdecker

Wie im Jahr 2019 mit dem Berliner Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2019/2020 beschlossen, wurden zum 1. Februar 2020 die Besoldungs- und Versorgungsbezüge um 4,3 Prozentpunkte erhöht. Ferner wurden die Anwärtergrundbeträge um 50,55 Euro angehoben. Wir freuen uns sehr, mit unseren jahrelangen Bemühungen dazu beigetragen zu haben, dass der Weg zu einer wertschätzenden und

amtsangemessenen Alimentation eingeschlagen worden ist.

Der Senat hatte am 15. Mai 2018 das Ziel formuliert, die Besoldung bis 2021 an den Länderdurchschnitt anzugleichen. Ob jedoch angesichts der Ausgaben zur Bewältigung der derzeitigen Krise und der Unterstützung existenzgefährdeter Unternehmen, Einrichtungen und Initiativen an der politischen Vorgabe festgehalten werden wird, ist ungewiss. Wir gehen davon aus, dass die als gesichert angesehene politische Zusage in Frage gestellt werden wird.

Ob es uns angesichts der Krisenfolgen politisch möglich sein wird, an den Besoldungsforderungen festzuhalten, werden wir gleichermaßen mit „Fingerspitzengefühl“ und „breiter Brust“ prüfen.

Dr. Stefan Schifferdecker

Pauschale Beihilfe für gesetzlich Versicherte beschlossen

Das Berliner Abgeordnetenhaus Berlin hat am 20. Januar 2020 die pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte beschlossen und damit eine neue Wahlmöglichkeit zur Absicherung von Krankheitskosten geschaffen.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes können auch Berliner Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die freiwillig gesetzlich krankenversichert sind, bei ihrem Dienstherrn einen hälftigen Zuschuss zu ihrem Versicherungsbeitrag bei ihrer gesetzlichen Krankenkasse beantragen. Gleiches gilt für die zu 100 Prozent privat Versicherten. Bislang musste diese Gruppe den vollständigen Versicherungsbetrag selbst zahlen, was systembedingt zu einer erheblichen Benachteiligung führte. Mit dem neuen Gesetz werden Betroffene künftig erheblich finanziell entlastet, sie müssen nicht mehr ohne jeglichen Beihilfeanspruch die vollen Kosten der Krankheitsabsicherung für sich und ggf. die Familie selbst tragen.

Die Neuregelung findet sich in § 76 Abs. 5 Landesbeamtengesetz (LBG). Sie lautet auszugsweise:

„Auf Antrag wird anstelle der Beihilfe ... eine pauschale Beihilfe gewährt, wenn die ... beihilfeberechtigte Person freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder mindestens in entsprechendem Umfang in einer privaten Krankenversicherung versichert ist und ihren Verzicht auf die Beihilfe ... erklärt. ... Der beihilfeberechtigten Person wird auch für die ... berücksichtigungsfähigen Personen eine Pauschale gewährt. Die Pauschale bemisst sich jeweils nach der Hälfte des nachgewiesenen Krankenversicherungsbeitrags, bei privater Krankenversicherung höchstens nach dem hälftigen Beitrag ... im Basistarif. ... Der Antrag auf Gewährung der pauschalen Beihilfe und der Verzicht auf die Beihilfe ... sind unwiderruflich und in Schriftform ... bei dem Landesverwaltungsamt einzureichen. Änderungen der Höhe des ... zu entrichtenden Beitrags ... sind ... unverzüglich ... mitzuteilen. Die Pauschale wird vom Landesverwaltungsamt berechnet und ab dem

ersten Tag des Monats, der auf die Antragstellung folgt, festgesetzt und ... zahlbar gemacht. Beitragsrückerstattungen ...sind ... zu erstatten. ...“

Die Entscheidung für die pauschale Beihilfe ist unwiderruflich. Die Wahl sollte daher wohl überlegt sein. Nach der Übergangsregelung in § 108a LBG wird die pauschale Beihilfe rückwirkend zum 1. Januar 2020 gewährt, wenn sie spätestens bis zum 31. Dezember 2020 beim Landesverwaltungsamt beantragt wird. Es bleibt also noch Zeit, die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile zu prüfen.

Die pauschale Beihilfe richtet sich an Kolleginnen und Kollegen, die derzeit in einer gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichert sind und an Berufsanfänger, die sich mit Eintritt in den öffentlichen Dienst für ein Modell entscheiden können. Die in einer privaten Versicherung (PKV) derzeit anteilig abgesicherten Kolleginnen und Kollegen sind zwar nicht ausgeschlossen. Sie können aber nur unter ganz besonderen Umständen wieder in eine freiwillige Versicherung in der GKV wechseln. Die strengen Voraussetzungen dazu regelt § 9 SGB V. Hintergrund ist die Systemscheidung des Gesetzgebers, einen Wechsel zwischen PKV und GKV zu erschweren, um ein Ausnutzen der Vor- und Nachteile je nach Alter zu vermeiden.

Der Berliner Landesverband des Deutschen Richterbundes begrüßt die Regelung zur pauschalen Beihilfe. Der Kritik an der Regelung wegen einer mutmaßlichen Schwächung des Systems der Privaten Krankenversicherung, wie sie z.B. vehement der Deutsche Beamtenbund formulierte, haben wir uns nicht angeschlossen. Wir sehen nur geringe Auswirkungen auf das PKV-System. Uns war es wichtiger, dass die erheblichen Nachteile für die in der gesetzlichen Krankenversicherung abgesicherten Kolleginnen und Kollegen beseitigt werden.

Dr. Stefan Schifferdecker

Willkür bei der „Hauptstadtzulage“: Verwaltungsjuristen und Lehrer ja, Richter nein ...

Durch die vom Senat im Rahmen der Haushaltsberatungen für den kommenden Doppelhaushalt beschlossene „Hauptstadtzulage“ sollen Beamte und Angestellte im Landesdienst bis einschließlich Gehaltsgruppe A13/E13 ab Herbst 2020 eine Zulage von 150 Euro brutto bekommen. Diese sollen sie in Form eines Tickets für BVG und S-Bahn plus Auszahlung der restlichen Summe oder

wahlweise als Auszahlung der 150 Euro bekommen können. Nach den aktuellen Planungen soll die beabsichtigte „Hauptstadtzulage“ hingegen den Kolleginnen und Kollegen der Besoldungsgruppe R1 nicht gewährt werden. Der Senat scheint der Auffassung zu sein, dass Verwaltungsjuristen und Lehrer einer Zulage bedürfen, nicht aber die angeblich „gut bezahlten“ Richterinnen

und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

Dies ist ein weiterer Baustein in der vom Senat betriebenen schleichenden Entwertung der richterlichen und staatsanwaltlichen Arbeit. Besonders augenfällig wird dies bei einem Vergleich von nach Besoldungsgruppe R1 besoldeten Personen mit Grundschullehrerinnen und -lehrern. Traditionell wurden Grundschullehrerinnen und -lehrer im Beamtenverhältnis nach Besoldungsgruppe A12 besoldet. Sie verdienten am Anfang ihrer Laufbahn netto damit etwa 20 Prozent weniger als Kolleginnen und Kollegen des höheren Justizdienstes. Durch die Änderung der Bildungslaufbahnverordnung und die damit erfolgte Höhergruppierung von Grundschullehrerinnen und -lehrern und die übertarifliche Entlohnung angestellter Lehrkräfte in der Erfahrungsstufe 5 TV-L verdient eine angestellte Grundschullehrerin bzw. ein Grundschullehrer während der ersten sieben Jahre des Berufslebens (bei unterstellt gleichen Kosten für die Krankenversicherung) nunmehr bereits ohne „Hauptstadtzulage“ netto deutlich mehr als eine zeitgleich eingestellte Richterin oder Staatsanwältin.

Diese Differenz darf sich durch die Vorenthaltung der „Hauptstadtzulage“ nicht noch weiter erhöhen, denn die Mitarbeitenden des höheren Justizdienstes sind gerade in der Familiengründungsphase ebenfalls auf „jeden Cent“ angewiesen und benötigen die Hauptstadtzulage mindestens ebenso



Foto: L. Schifferdecker

wie ein angestellter Grundschullehrer, eine Studienrätin oder eine Regierungsrätin. Für die Zuerkennung der „Hauptstadtzulage“ ist eine Unterscheidung zwischen den nach der Besoldungsgruppe R und A Entlohnnten sowie zwischen Richterinnen und Richtern und angestellten Lehrern jedenfalls in den ersten Berufsjahren schlechterdings nicht zu rechtfertigen.

In einem gemeinsam mit dem Verein der Verwaltungsrichterin und Verwaltungsrichter in Berlin verfassten Schreiben haben wir daher den Senat aufgefordert, die „Hauptstadtzulage“ auch im Einstiegsamt des höheren Justizdienstes zu gewähren.

Dr. Patrick Bömeke

Besoldungstreiflichter – ohne Kommentar

► Ende August 2020 endet der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen. Im Spätsommer/Herbst 2020 beginnen voraussichtlich die Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern aus Bund und Kommunen (VKA) sowie den Gewerkschaften ver.di, GEW, IG BAU, GdP und dbb Beamtenbund.

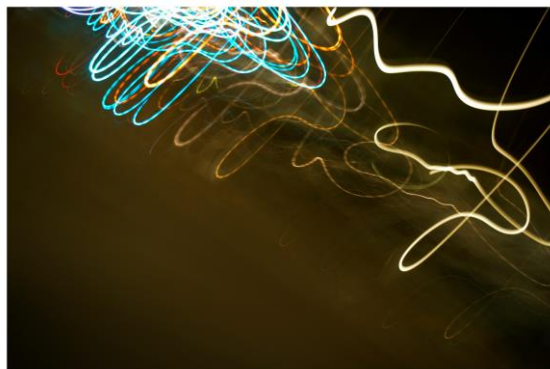


Foto: G. Borth

► Ver.di und die kommunalen Arbeitgeber sind übereingekommen, die aktuell laufende Tarifrunde

in den Sozial- und Erziehungsdiensten (TVöD SuE) des öffentlichen Dienstes zu pausieren. Wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ist vom weiteren Verlauf der Corona-Epidemie in Deutschland abhängig.

► Nach einer Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, die am 21. Februar 2020 veröffentlicht wurde, fühlt sich jeder zweite Beschäftigte im öffentlichen Dienst müde oder erschöpft. Beschäftigte im öffentlichen Dienst seien partiell häufiger von einer hohen Arbeitsintensität betroffen als Beschäftigte in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Zahlen würden auch zeigen, dass sich Beschäftigte im öffentlichen Dienst durch psychische Anforderungen häufiger belastet fühlen als Beschäftigte in anderen Wirtschaftsbereichen. Das zeigt ein neues Faktenblatt der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (www.baua.de). Die Zahlen basieren auf einer Erwerbstätigenbefragung aus 2018 anhand der Angaben von 17.000 abhängig Beschäftigten in Deutschland.

Dr. Stefan Schifferdecker

Vom Vorstand wahrgenommene Termine

Um den Mitgliedern einen besseren Eindruck von der Arbeit des Vorstands zu ermöglichen, informieren wir hier darüber, an welchen Veranstaltungen Vorstandsmitglieder teilgenommen haben.

22.1. Vorstandssitzung

22.1. Neujahrsempfang

27.1. Treffen mit Vorstandsmitgliedern des Vereins der Berliner Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter

19.2. Vorstandssitzung

26.2. Bundesvorstandssitzung

6.3. Treffen der Besoldungsexperten der DRB Landesverbände

30.3. Vorstandsvideokonferenz

Veranstaltungen

Mitgliederversammlung vertagt

Mit Blick auf die Entwicklung der Situation um das Coronavirus wollten auch wir unseren Beitrag zum Gesundheitsschutz leisten und haben uns entschieden, die geplante Mitgliederversammlung am 30. März 2020 auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Sobald als möglich, jedoch so spät wie nötig – mithin erst wenn eine Versammlung mit Blick auf die gesundheitlichen Risiken wieder unbedenklich durchgeführt werden kann – wird der Vorstand einen neuen Termin festsetzen und Sie wie gewohnt per E-Mail bzw. per Post einladen.

Von der Möglichkeit einer Mitgliederversammlung ohne Anwesenheit am Versammlungsort durch schriftliche oder elektronische Stimmangabe – eingeführt mit Art. 2 § 5 „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ vom 27. März 2020 – wollen wir keinen Gebrauch machen.

Der Vorstand

Rückschau - Neujahrsempfang



Foto: P. Mütter

Der diesjährige Neujahrsempfang fand am 22. Januar 2020 wie schon in den vergangenen Jahren im uns vertraut gewordenen großen Verhandlungssaal des Sozialgerichts statt. Es zeigte sich erneut, dass das im Jahre 1875 von dem Architekten Friedrich Neuhaus ursprünglich als Verwaltungsgebäude der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft errichtete Gebäude mit seinem wunderbar gestalteten Festsaal in gemüt-

licher Atmosphäre ein geeigneter Ort für den Neujahrsempfang ist. Dies auch, weil das nahe dem Hauptbahnhof gelegene Sozialgericht für jeden gut zu erreichen ist. Es waren demgemäß viele unserer Mitglieder und Gäste gekommen.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende des Landesverbandes Katrin-Elena Schönberg erfolgte eine weitere Begrüßung im Namen des verhin- derten Präsidenten des Sozialgerichts. Anschließend hörten alle Anwesenden die ergreifende Festrede des Bürgerrechtlers Herrn Gerd Poppe über Recht und Unrecht, nämlich über „Rechtsprechung“ im Unrechtsstaat und über den Umgang des Rechtsstaats mit der Hinterlassenschaft der Diktatur (hier abgedruckt ab Seite 15).

Nach der Rede von Herrn Poppe fanden unter den Anwesenden in wechselnden Gruppen bei Wein, Bier und Säften und einem Büfett mit leckeren Häppchen Gespräche über den Vortrag und zahlreiche aktuelle Fragen in der Justiz statt. Der Abend dauerte noch lange.

Margit Böhrenz

Einladung: Führung durch die Staatsoper Unter den Linden

Sofern es angesichts der derzeitigen Kontaktbeschränkungen möglich ist, findet für die Mitglieder des Richterbundes und Begleitung eine Führung durch die Staatsoper Unter den Linden statt und zwar am 9. Mai 2020 (Samstag) um 14 Uhr, Dauer 1 ½ Stunden. Treffpunkt ist der Kassenbereich der Staatsoper, spätestens um 13.45 Uhr.

Die im Auftrag Friedrich des Großen von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff im Stil des Palladianismus errichtete Oper wurde am 7. Dezember 1742 eröffnet. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wurde sie 1951 – 1955 von Richard Paulick wiederaufgebaut. Die nach der Jahrtausendwende notwendige Sanierung mit zahlreichen Veränderungen führte am 7. Dezember 2017 zur Wiedereröffnung. Insbesondere die baulichen Veränderungen und die gewollten Verbesserun-

gen im technischen Bereich sind bei der Führung zu besichtigen und kennenzulernen.

Der Preis für die Führung beträgt pro Person 15,-- Euro.

Nach den Vorgaben der Staatsoper können an der Führung maximal 25 Personen teilnehmen. Interessenten melden sich bitte bei VR'inKG i.R. Margit Böhrenz, Ermanstraße 27, 12163 Berlin. Telefon: 791 92 82. E-Mail: margit.boehrenz@drb-berlin.de.

Die Zusage erfolgt nach der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen.

Margit Böhrenz

Stammtische

► Der **Stammtisch für Richter im Ruhestand** findet regelmäßig am ersten Montag der ungeraden Monate statt. Die nächsten Termine sind:
– vorbehaltlich der aktuellen Lage hinsichtlich der Coronapandemie –

4. Mai 2020

6. Juli 2020

7. September 2020

Wer sich zum Stammtisch gesellen will, sollte sich jeweils um 19.00 Uhr im Restaurant „La Castellana“ in der Wrangelstraße 11-12 (gegenüber dem Schloßparktheater), 12165 Berlin, einfinden.

Für Fragen und auch Anregungen steht zur Verfügung:

VR'inKG i.R. Margit Böhrenz
Ermanstraße 27, 12163 Berlin
030/791 92 82
margit.boehrenz@drb-berlin.de

► Der **Proberichterstammtisch** findet voraussichtlich am Donnerstag, den 11. Juni 2020 statt.

Bei schönem Wetter treffen wir uns im Biergarten „Zollpackhof“ gegenüber vom Kanzleramt an den Tischen am hinteren Eingang, anderenfalls werden wir im Innenbereich Tische reservieren. Ihr werdet uns nicht verfehlen!

Der Stammtisch wurde von Proberichterinnen und Proberichtern vor nunmehr über zehn Jahren gegründet und richtet sich an alle Berliner Assessoren und Assessorinnen sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwältinnen zur Anstellung und natürlich auch an bereits auf Lebenszeit ernannte Kolleginnen und Kollegen.

Wir freuen uns das „Ende der Kontaktbeschränkung“ in einem Biergarten an der Spree, der zum Entspannen und Genießen einlädt, mit Euch zu verbringen.

Achtung Stationswechsler:

Gerne möchten wir Euch regelmäßig über unseren Assessorenverteiler mit Informationen zu Veranstaltungen des Deutschen Richterbundes versorgen. Bitte bedenkt, mit jedem Stationswechsel uns Eure neue E-Mail-Adresse unter info@drb-berlin.de mitzuteilen.

Vanessa Scheutwinkel

Hinweis Rechtsprechungs-Info

Unregelmäßig gibt der Hauptverband folgende Informationen aus:

- 1) DRB-Rechtsprechungs-Info BGH Zivilrecht
- 2) DRB-Rechtsprechungs-Info Strafrecht

Der Landesverband Berlin hat dazu für interessierte Mitglieder einen Verteiler eingerichtet, den die

Geschäftsstelle gerne aktualisiert. Wer Interesse hat und noch nicht in den Verteiler aufgenommen wurde, kann sich gerne mit seiner E-Mail bei Frau Sitek unter: susanne.sitek@drb-berlin.de anmelden.

Susanne Sitek

Rezensionen

Das Recht auf Beweis im Zivilprozess



Das Recht auf Beweis im Zivilprozess ist die mehr als beachtliche, hochaktuelle und an vielen Stellen wunderbar praktische Doktorarbeit des jetzt in Baden-Württemberg als Richter wirkenden Moritz Nissen. Es behandelt im Kern die Frage, ob und bejahendenfalls in welchem Umfang mit dem Erfordernis des Nachweises eigener Rechte im Zivilprozess zugleich auch ein Recht auf einen effektiven Nachweis dieser Rechte einhergeht.

Neben sehr lesenswerten historischen und rechtsvergleichenden Grundlagen in den ersten drei Paragraphen der Arbeit, die einem eine vertiefte Erkenntnis des gesamten Systems des Beweisrechts verleihen können, gliedert sich das eigentliche Werk in zwei Hauptteile. Im ersten – Das Recht auf Beweis in Grundgesetz, EMRK und europäischer Grundrechtecharta – mit seinen §§ 4 bis 8 (Postulierung der Existenz des Rechts auf Beweis, Dogmatische Einordnung des Rechts auf Beweis in GG, EMRK und GRC, Grundlagen und die immanenten Grenzen des Rechts auf Beweis, der Gewährleistungsgehalt des Rechts auf Beweis in GG, EMRK und GRC) wird ein abstraktes System eines Rechts auf Beweis erdacht und dargestellt. Im zweiten – Die Ausgestaltung des Rechts auf Beweis in der deutschen Zivilprozessordnung – mit seinen §§ 9 bis 15 (Beweisrechtliche Grundsätze, Beweisantrag, Grundlagen der Beweisaufnahme, die einzelnen Beweismittel des Strengbeweises in der ZPO, Beweiswürdigung und der Zivilprozess vor dem Amtsgericht) wird das System dann auf das Zivilprozessrecht angewendet und wird die bisherige Auslegung in

Rechtsprechung und Literatur auf den Prüfstein gestellt.

Vom Studium beider Hauptteile wird jeder am Beweisrecht Interessierte einen großen Nutzen haben. Denn der erste bietet ein überzeugendes System eines Rechts auf Beweis. Setzte man es in der Praxis ein, versetzte man sich in die Lage, alle Fälle nach einem einheitlichen System zu beurteilen und rechtlich „gleich“ zu bewerten. Der zweite, ungemein fesselnde und sehr wertvolle Hauptteil stellt hingegen die bisherige Gesetzesauslegung in Rechtsprechung und Literatur umfassend und breit dar. Diese Darbietung umfasst nicht nur die aktuelle, höchstrichterliche Rechtsprechung, sondern stellt auch deren Entwicklungslinien dar. Die Darstellung der Literatur bietet hingegen nicht nur die Kommentarliteratur, sondern schließt auch wissenschaftliche Artikel und monographische Werke ein, so dass diese Darstellung einen nahezu vollständigen Einblick in die verschiedenen Auffassungen schenkt. Dieser Teil kann problemlos als ein Nachschlagewerk für eine Vielzahl zivilprozessualer Probleme dienen.

Fazit: Das Werk ist in seiner Fülle, Lebendigkeit und Tiefe der Erwägungen ein Schmuckstück. Wenn man als Richter oder Richter eine beweisrechtliche Fragestellung verstehen möchte, sollte man stets auch den Nissen zu Rate ziehen. Ich jedenfalls habe es in den letzten Wochen regelmäßig getan – und wurde nicht enttäuscht. Denn das Buch hat die Qualität zum Grundlagenwerk und sollte daher in keiner Bibliothek fehlen.

Dr. Oliver Elzer

Moritz Nissen, Das Recht auf Beweis im Zivilprozess, 1. Auflage 2019, Mohr Siebeck GmbH & Co., ISBN 9783161562136, 144,00 EUR.